

An den Grossen Gemeinderat

Winterthur

Budget 2017 und Festsetzung des Steuerfusses

Antrag:

1. Das Budget der Stadt Winterthur über die Globalkredite und Leistungsziele der Produktgruppen in der Erfolgsrechnung für das Jahr 2017 wird genehmigt.
2. Das Budget der Stadt Winterthur über die Aufwendungen und Erträge in der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens für das Jahr 2017 wird genehmigt.
3. Die ordentliche Gemeindesteuer wird auf 124 Prozent (2016: 124 %) der einfachen Staatssteuer festgesetzt und zusammen mit der gesetzlichen Personalsteuer (24 Franken pro Person) in sieben Raten gleichzeitig mit der Staatssteuer bezogen.
4. Der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) der Stadt Winterthur für die Jahre 2018 bis 2020 wird zur Kenntnis genommen.

Antrag:	1
1. Einleitung	2
2. Erfolgsrechnung	3
3. Stellenplan	6
4. Grobanalyse Budget 2017	7
5. Integrierter Aufgaben – und Finanzplan (IAFP).....	16
6. Investitionsplanung 2017 bis 2020	23
7. Zusammenfassung und Fazit	27

1. Einleitung

Für das Jahr 2017 wird bei einem bereinigten Aufwand von 1 290 408 900 Franken und einem bereinigten Ertrag von 1 294 080 904 Franken mit einem Gewinn in der Höhe von 3 672 004 Franken gerechnet.

Die Budgetweisung zeigt die wichtigsten Veränderungen des Budgets 2017 gegenüber dem Budget 2016 auf. Dies ist das dritte Budget nach HRM2, sodass nun erstmals wieder die Budgetwerte direkt mit den Daten der Rechnung des Vorjahres verglichen werden können.

Der kumulierte Sanierungsbeitrag aus «effort14+» und «Balance» betrug bis und mit Budget 2016 53 Millionen Franken. Davon können aufgrund negativer Parlaments- respektive Volksentscheide 5,0 Millionen nicht umgesetzt werden. Im Budget 2017 sind «Balance»-Massnahmen in der Höhe von 7,4 Millionen Franken enthalten.

Im letztjährigen IAFP wurde für das Jahr 2017 mit einem Ertragsüberschuss von 1,0 Millionen Franken gerechnet. Mit einem budgetierten Ertragsüberschuss von 3,67 Millionen Franken wird diese Prognose übertroffen, obwohl sich die Stadt mit zusätzlichen Kosten vor allem aus dem Sicherheits-, Schul- und Pflegebereich konfrontiert sieht. Die Verbesserung ergibt sich insbesondere durch eine nicht prognostizierbare Erhöhung des Finanzausgleichs.

Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) für die Jahre 2018 bis 2020 zeigt, dass trotz weiteren Kostenreduktionen aus dem Sanierungsprojekt «Balance» bei Weitem noch kein Aufatmen möglich ist. Der Grund hierfür liegt bei den nachfolgenden Kostentreibern, bei welchen bis ins Jahr 2020 folgendes Ausgabenwachstum prognostiziert wird: Soziallasten 16 Mio., Bildung 13 Mio., öffentlicher Verkehr 5 Mio. und Langzeitpflege 4 Millionen Franken. Zudem ist prognostiziert, dass wegen der innerkantonalen Verlustverrechnung bei der Grundstückgewinnsteuer sowie der Unternehmenssteuerreform III circa 20 Millionen Franken an Steuergelder verlustig gehen, welche durch die allgemeine Steuerentwicklung kurz- bis mittelfristig höchstens teilweise kompensiert werden können.

2. Erfolgsrechnung

(Alle Zahlen in Franken)				
	Budget 2016	Budget 2017	Abweichung gegenüber Vorjahr	%
Aufwand	1 496 174 075	1 528 228 770	- 32 054 695	2
interne Verrechnungen	229 193 273	237 819 870	- 8 626 597	4
bereinigter Aufwand	1 266 980 802	1 290 408 900	- 23 428 098	2
Ertrag	1 497 912 809	1 531 900 774	33 987 965	2
interne Verrechnungen	229 193 273	237 819 870	8 626 597	4
bereinigter Ertrag	1 268 719 536	1 294 080 904	25 361 368	2
Ertragsüberschuss	1 738 734	3 672 004	1 933 270	111
Personalaufwand	428 425 693	431 391 068	- 2 965 375	1
Sach- und übriger Betriebsaufwand	243 019 325	241 198 261	1 821 064	1
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	87 379 831	95 415 083	- 8 035 252	9
Finanzaufwand	34 225 168	33 414 650	810 518	2
Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen	17 060 086	24 677 248	- 7 617 162	45
Transferaufwand	456 438 699	463 964 590	- 7 525 891	2
Durchlaufende Beiträge	432 000	348 000	84 000	19
Interne Verrechnungen	229 193 273	237 819 870	- 8 626 597	4
Fiskalertrag	392 740 000	394 820 000	2 080 000	1
Regalien und Konzessionen	3 139 000	3 289 000	150 000	5
Entgelte	512 148 792	520 361 606	8 212 814	2
Verschiedene Erträge	17 078 075	15 165 483	- 1 912 592	11
Finanzertrag	28 550 703	35 217 268	6 666 565	23
Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen	2 924 679	4 488 685	1 564 006	53
Transferertrag	311 706 289	320 390 861	8 684 572	3
Durchlaufende Beiträge	432 000	348 000	- 84 000	19
Interne Verrechnungen	229 193 273	237 819 870	8 626 597	4

Trotz Sanierungsprogrammen steigt auch im kommenden Jahr der bereinigte Aufwand um 23,4 Millionen Franken. Dies widerspiegelt vor allem die steigenden Ausgaben in der Bildung, der Sicherheit sowie im Sozialbereich.

Der **Personalaufwand** steigt stadtweit um knapp 3 Millionen Franken gegenüber dem Budget 2016. Dies ist die Folge der beantragten Erhöhung des Stellenetats um rund 38 Vollzeitstellen, wovon 23 durch Steuergelder finanziert werden. Von diesen entfällt rund die Hälfte auf die Aufstockung des Polizeicorps (vgl. Ausführungen zum Stellenplan unter Ziffer 3).

Das Personalstatut sieht in § 46 Abs. 2 vor, dass die Personalmassnahmen nur in Ausnahmefällen in Berücksichtigung der Finanzlage ausgesetzt werden können. In einer Zeitspanne von 20 Jahren wurden die ordentlichen Lohnmassnahmen jedoch während 11 Jahren ausgesetzt und aktuell seit 2012 nicht mehr gewährt. Der Stadtrat sieht deshalb für das Jahr 2017 vor, die Personalmassnahmen (Stufenanstieg und eine Leistungsquote von 1 Mio. Franken) gemäss Personalstatut zu gewähren. Eine Lohnrunde entspricht rund 1,3% der Lohnsumme und soll über Rotationsgewinne finanziert werden. Ein Ausgleich der Teuerung ist hingegen nicht notwendig, da die Prognose für das aktuelle Jahr von einer negativen Teuerung von 0,5% ausgeht. Wenn die kumulierte, voraussichtlich negative Teuerung bis Ende 2016 von 2,5% den nicht gewährten Personalmassnahmen bis Ende 2016 von 5,2% gegenüber gestellt werden, resultiert eine Differenz von 2,7% zulasten des Personals. Falls der GGR die Personalmassnahmen auch für das nächste Jahr aussetzen sollte, würde sich diese negative Differenz zulasten des Personals auf 4% erhöhen. Hinzu kommt, dass die wiederholt ausgesetzten Lohnmassnahmen zu einer Verzerrung des Lohngefüges mit ent-

sprechend negativen Auswirkungen auf die Attraktivität, das Arbeitsklima und die Arbeitszufriedenheit führen und den Druck auf strukturelle Korrekturen und Nachjustierungen des Lohnsystems erhöhen.

Die positive Abweichung im **Sach- und Betriebsaufwand** beträgt zwar 1,8 Millionen Franken. Wird diese jedoch um die Schwankung des Energieeinkaufs von Stadtwerk korrigiert, ergibt sich eine negative Abweichung von nahezu 4 Millionen Franken. Dafür sind insbesondere die Produktgruppen des Bereichs Kultur (1,2 Mio. Fr.) und des Schulbereichs (1,2 Mio. Fr.)¹, die Informatikdienste (0,8 Mio. Fr.) sowie die Immobilien (0,5 Mio. Fr.) verantwortlich.

Die **Abschreibungen im Verwaltungsvermögen** fallen gegenüber dem Budget 2016 um rund 8 Millionen Franken höher aus. 3,4 Millionen Franken gehen auf das Konto des allgemeinen Haushalts und 4,6 Millionen Franken werden durch die Eigenwirtschaftsbetriebe, insbesondere durch Stadtwerk, finanziert (vgl. dazu die Erläuterungen zu den Abschreibungen in Abschnitt 4 b).

Der **Finanzaufwand**² steigt um 0,8 Millionen Franken. Durch ein weiterhin tiefes Zinsniveau, eine aktive Liquiditätsbewirtschaftung sowie einen tieferen Zinssatz für vorausbezahlte Steuern ergibt sich nochmals eine Verbesserung bei den Zinsen um rund 1,4 Millionen Franken. Demgegenüber steigt der Aufwand für die Immobilien im Finanzvermögen um 0,6 Millionen Franken.

Die **Einlagen und Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen** widerspiegeln insbesondere den Gewinn beziehungsweise Verlust der eigenwirtschaftlich geführten Bereiche (Stadtwerk, Stadtbuss etc.). Die Einlagen übersteigen die Entnahmen mit knapp 20 Millionen Franken im Vergleich zum letzten Jahr deutlich, was insgesamt auf eine erfreuliche Entwicklung dieser Bereiche hinweist. Insbesondere Stadtwerk geht trotz einer Senkung der Strompreise von 5 Millionen Franken höheren Einlagen aus.

Der **Transferaufwand**³ nimmt um 7,5 Millionen Franken zu. Der Grund hierfür liegt zur Hauptsache in den weiterhin steigenden Kosten der individuellen Unterstützung (+6,2 Mio. Fr.), wobei der Anstieg gegenüber dem Vorjahr um zwei Drittel abgenommen hat. Unter Berücksichtigung der Rückerstattung u.ä. sinkt die zusätzliche Nettobelastung auf 1,7 Millionen Franken (Budget 2016: 11,7 Mio. Fr.). Die Zunahme von 1,5 Millionen Franken bei den Löhnen für die Lehrpersonen hat sich gegenüber dem letzten Jahr halbiert. Des Weiteren verteuern sich die Beiträge an externe Organisationen für Alterszentren und Spitex um 1,7 Millionen Franken sowie die Beiträge für die Kultur um 0,5 Millionen Franken.

Die Ablieferung von Stadtwerk reduziert sich sowohl im Transferaufwand als auch im Transferertrag um 2,35 Millionen Franken. Dies reduziert die Einnahmen im allgemeinen Haushalt zugunsten der Einlagen in die Spezialfinanzierungen der Eigenwirtschaftsbetriebe.

Der **Transferertrag**⁴ nimmt um 8,7 Millionen Franken zu. Die markanteste Veränderung bildet der um 12,5 Millionen höhere Finanzausgleich, weil die Winterthurer Steuerkraft im Jahr 2015 gesunken und diejenige des Kantons (ohne Stadt Zürich) gestiegen ist. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass die Winterthurer Steuerkraft im Jahr 2014, aufgrund derer der Ressourcenausgleich für das Vorjahr berechnet wurde, ausserordentlich hoch war. Im Schulbereich sinkt der Transferertrag um 2 Millionen Franken (Sonderschulung 600'000, MSW 1'000'000, Profil 500'000).

¹ Das Wachstum ist auf verschiedene Bereiche zurückzuführen: Schullergänzende Betreuung (zu 40 % refinanziert), Schulkredit aufgrund Schülerwachstum, erhöhter baulicher Unterhalt, ICT-Mittel für Primarschule.

² Finanzaufwand = Zusammenfassung der HRM1-Kontengruppen Zinsaufwand, Aufwendungen des Finanzvermögens wie Unterhalt der Finanzliegenschaften, Kursverluste auf Währungen und Beteiligungen etc.

³ Transferaufwand = Zusammenfassung der HRM1-Kontengruppen Betriebs- und Defizitbeiträge sowie Entschädigungen für Dienstleistungen an andere Gemeinwesen.

⁴ Transferertrag = Zusammenfassung der HRM1-Kontengruppen Rückerstattungen von Gemeinwesen, Beiträge ohne Zweckbindung, Beiträge mit Zweckbindung.

Die **internen Verrechnungen** (Aufwand und Ertrag) erhöhen sich um 8,6 Millionen Franken. Diese Umlagen sind für den steuerfinanzierten Teil ergebnisneutral. Nur die internen Verrechnungen zwischen den eigenwirtschaftlichen und steuerfinanzierten Teilen der Stadtverwaltung haben einen Einfluss auf das Ergebnis. Die Steigerung ist auf die Verrechnung der kalkulatorischen Zinsen von 3,4 und Abschreibungen von 5,2 Millionen Franken zurückzuführen. Da die Eigenwirtschaftsbetriebe rund 1,3 Millionen Franken mehr Zinsen entrichten werden, entlastet dies den allgemeinen Haushalt.

Der **Fiskalertrag**⁵ wird um 2,1 Millionen Franken höher veranschlagt als im Budget 2016. Es wird davon ausgegangen, dass die natürlichen Personen 7,1 Millionen Franken mehr Steuern entrichten werden. Darin enthalten sind rund 4,4 Millionen Vermögenssteuern, welche mehrheitlich aus früheren Jahren stammen. Aufgrund des Rechnungsabschlusses 2015 wurde im Budget 2017 ein grösserer Anteil der Steuern aus früheren Jahren den Vermögenssteuern der natürlichen Personen zugewiesen. Der Steuerertrag bei den juristischen Personen wird demgegenüber um 3,1 Millionen Franken tiefer veranschlagt (-3,3 Mio. Fr. Gewinnsteuern); dies vor allem als Folge höherer passiver Steuerausscheidungen. Sodann wird mit 2 Millionen Franken weniger Grundstücksgewinnsteuern gerechnet.

Die **Entgelte** steigen um 8,2 Millionen Franken. Die Hauptursachen sind zusätzliche Einnahmen bei der individuellen Unterstützung von 5,5 Millionen Franken und bei den Energieverkäufen, dies trotz Senkung der Preise von 3,5 Millionen Franken. Die externen Erträge der Informatikdienste Winterthur bringen 650 000 Franken mehr ein. Demgegenüber sinkt die Auslastung in den Alterszentren, was 1,9 Millionen Franken Mindererträge nach sich zieht.

Bei den **verschiedenen Erträgen** sinken vor allem die aktivierbaren Eigenleistungen – darunter werden die von einem Bereich für ein Investitionsprojekt erbrachten Eigenleistungen verstanden – was das Budget mit 1,9 Millionen Franken zusätzlich belastet.

Der **Finanzertrag**⁶ steigt um 6,7 Millionen Franken gegenüber dem Budget 2016, ist aber dennoch deutlich tiefer als in der Rechnung 2015. Die Erträge im Finanzvermögen steigen bei den Buchgewinnen um 5,1 und bei den Mietzinsen um 1,5 Millionen Franken. Die Zinssatzsenkung bei den Steuern führt zu einer Reduktion um 0,5 Millionen Franken. Die gleiche Reduktion ergibt sich bei den Darlehenserträgen, während die Beteiligungen um 1,1 Millionen Franken höher ausfallen (diese Veränderungen sind teilweise auf die Berichtigung einer Fehlkontierung im letzten Jahr zurückzuführen).

⁵ Fiskalertrag = umfasst die HRM1-Kontogruppe Steuern

⁶ Finanzertrag = umfasst die HRM1-Kontogruppe Vermögenserträge.

3. Stellenplan

Departement	Budget 16	Budget 17	Abweichung	Refinanziert
Kulturelles und Dienste	195.53	195.93	0.40	2.30
Gesamthaft steht einem Aufbau von 4.36 Stellen eine Reduktion um 3.96 Stellen gegenüber. Darin enthalten sind u.a. «Balance»- Massnahmen, Verschiebung zur Stadtkanzlei sowie interne Verschiebungen.				
Finanzen	176.70	179.27	2.57	1.00
Der Stellenaufbau von 4.6 Stellen erfolgt in den Bereichen IDW und Steuerbezug. Die Stellenreduktion ist grösstenteils auf die Produktgruppe Immobilien zurückzuführen.				
Bau	285.60	284.00	-1.60	0.00
Dem Stellenabbau aufgrund «Balance»-Massnahmen steht kein Stellenaufbau gegenüber.				
Sicherheit und Umwelt	369.12	380.73	11.61	0.00
Der Stellenplanaufbau ist hauptsächlich auf den GGR-Beschluss zur Aufstockung des Polizeikorps zurückzuführen.				
Schule und Sport	464.81	470.54	5.73	2.60
Aufgrund der Sicherstellung des Leistungsauftrages ist die Erhöhung um 5.73 Stellen vollumfänglich auf die Schulergänzende Betreuung zurückzuführen.				
Soziales	924.09	939.18	15.09	5.29
Gesamthaft steht einem Aufbau von 27.00 Stellen eine Reduktion um 11.91 Stellen gegenüber, wobei die grösste Differenz bei der Produktgruppe der Sozial- und Erwachsenenhilfe im Asylbereich und in der Sozialberatung zu finden ist.				
Technische Betriebe	747.00	750.40	3.40	3.50
Im steuerfinanzierten Teil ergibt sich total ein Stellenabbau von 0.1 Stellen und im eigenwirtschaftlichen Teil ein Ausbau von 3.5 Stellen.				
Behörden und Stadtkanzlei	15.35	16.35	1.00	0.00
Im Vergleich zum Budget 2016 ergibt sich ein Stellenaufbau welcher vom DKD verschoben wurde.				
Total ganze Stadt	3178.20	3216.40	38.20	14.69

Die detaillierten Begründungen zu den Stellenplanveränderungen sind der Beilage «Übersicht Stellenplanveränderungen» und den Erläuterungen im Budget Teil B zu entnehmen.

4. Grobanalyse Budget 2017

a) Departement Kulturelles und Dienste

Kultur

in Mio. Franken	Budget 2016	Budget 2017	IAFP 2017	Δ BU16/BU17
Theater Winterthur	3.89	4.16	3.97	-0.26
Winterthurer Bibliotheken	8.03	7.66	8.11	0.36
Subventionsverträge u. Beiträge an Dritte	12.36	13.55	13.17	-1.19
Städtische Kultureinrichtungen	7.93	7.44	7.93	0.49
Total	32.21	32.81	33.17	-0.60

Im IAFP 2017 wurde im Bereich Kultur bereits ein Anstieg von knapp 1 Million Franken prognostiziert; der Anstieg der Globalkredite im Budget 2017 beträgt

nun lediglich 600 000 Franken. Dies weist auf eine sorgfältige Überprüfung der Ressourcen hin. Die Erhöhung gegenüber dem Budget 2016 ist grösstenteils auf die neu verhandelten **Subventionsverträge**, die Umsetzung des Museumskonzepts und die unjurierte Kunstausstellung zurückzuführen. Dem gegenüber stehen tiefere Abschreibungen bei den **städtischen Kultureinrichtungen** und eine Kostenreduktion bei den **Winterthurer Bibliotheken** als Folge einer Reorganisation. Das **Theater** hat zurzeit vor allem mit dem Rückgang von Währungsgewinnen auf Gastspielhonoraren sowie den voraussichtlich tieferen Einnahmen aus Vermietungen und dem Gastro-Bereich zu kämpfen.

Dienste

Während sich der Aufwand in diesen Produktgruppen um knapp 600 000 Franken erhöht, steigen die Einnahmen um 475 000 Franken. Dieser Anstieg liegt insgesamt knapp unter dem letztjährig budgetierten Finanzplan 2017.

in Mio. Franken	Budget 2016	Budget 2017	IAFP 2017	Δ BU16/BU17
Personalamt	2.93	3.03	3.01	-0.10
Stadtentwicklung	3.16	3.26	3.21	-0.10
Rechtspflege	0.13	0.05	0.13	0.08
Total	6.22	6.34	6.36	-0.12

Die Einführung eines zeitgemässen Personalentwicklungskonzepts führt im **Personalamt** zu höheren Personalkosten, denen

leicht höhere Erlöse gegenüberstehen. Die **Stadtentwicklung** rechnet mit zusätzlichen Kosten in diversen Personalbereichen, welche teilweise durch höhere Beiträge für Massnahmen im Rahmen des kantonalen Integrationsprogramms kompensiert werden. Die **Rechtspflege** geht von höheren Personal- und Sachkosten aus, was durch einen Anstieg der Geschäftsfälle begründet wird.

b) Departement Finanzen

Operativer Bereich

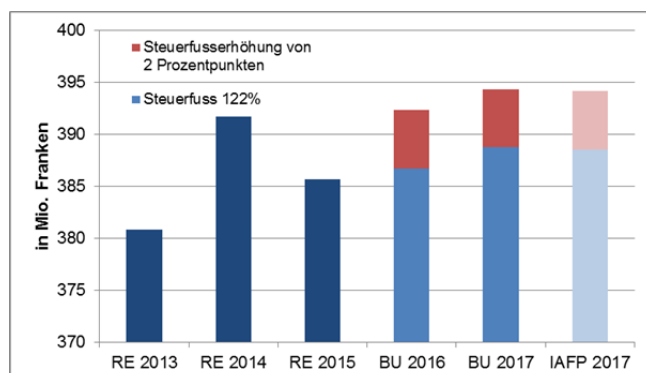
in Mio. Franken	Budget 2016	Budget 2017	IAFP 2017	Δ BU16/BU17
Finanzamt	2.29	2.13	2.18	0.16
Informatikdienste	-0.46	-0.69	-0.74	0.22
Steuerbezug	2.95	3.11	2.95	-0.16
Immobilien	1.04	-2.56	-0.88	3.60
Total	5.81	1.99	3.50	3.82

Der Aufwand des operativen Bereichs erhöht sich um rund 2,3 Millionen Franken und fällt zur Hauptsache im Bereich **Immobilien** an, in erster

Linie aufgrund seines höheren Finanzaufwands sowie gestiegenen Mietkosten aus der Anmietung im Superblock. Gleichzeitig erhöht sich der Ertrag dieses Bereichs um rund 6,2 Millionen Franken, wobei der grösste Anteil durch höhere Buchgewinne bedingt ist. Diese Verbesserung zeigt sich auch im Vergleich mit dem letztjährig prognostizierten IAFP 2017. Im **Finanzamt** führt die Neuausschreibung des Versicherungsbroker-Mandats zu einem besseren Ergebnis im Vergleich zum Budget 2016 bzw. zum IAFP 2017. Die **Informatikdienste** profitieren von einem deutlich höheren Mehrertrag aufgrund von Leistungen für andere Organisationseinheiten und es wird insbesondere zur Umsetzung der Informatikstrategie ein Aufbau von 2,6 Stellen beantragt. Der Bereich **Steuern** soll im Rechtsdienst und im Scan Center personell verstärkt werden (je +1 Stelle), wobei ein Teil dieser Mehrkosten durch höhere Er-

träge und kantonale Entschädigungen kompensiert werden. Diese Personalkosten waren im letztjährigen Finanzplan noch nicht berücksichtigt.

Steuern

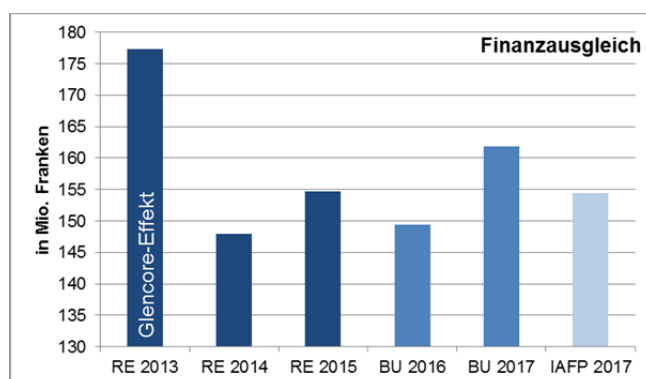


Die Steuereinnahmen steigen gegenüber dem Budget 2016 um rund 2 Millionen, im Vergleich zur Rechnung 2015 gar um 8,6 Millionen Franken. Die Steigerung gegenüber dem Budget 2016 ist vor allem den natürlichen Personen zu verdanken (+7,1 Mio. Fr.), da mit steigenden Vermögenssteuern aus früheren Jahren gerechnet wird. Demgegenüber wird bei den juristischen Personen aufgrund mehr passiver Steuerauscheidungsfälle von rückläufigen Einnahmen ausgegangen

(-3,1 Mio. Fr.). Die Abweichung zwischen Budget 2017 und IAFP 2017 ist minim, was auf eine gute Schätzung hinweist.

Wie der Grafik zu entnehmen ist, haben sich die Steuererträge in den letzten Jahren zwischen 380 und 395 Millionen Franken eingependelt, wobei im Jahr 2014 ein hoher Einmaleffekt zu verzeichnen war. Das tiefere Niveau in der Rechnung 2013 resp. 2015 ist primär die Folge von Gesetzesänderungen auf übergeordneter Ebene (u.a. Gewährung von zusätzlichen Abzügen. Dank der Steuerfusserhöhung im 2016 kann das Steuerertragsniveau des Jahres 2014 wieder erreicht werden.

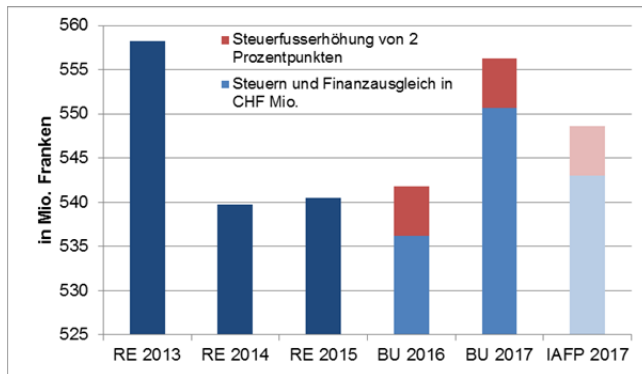
Finanzausgleich



Der Finanzausgleich steigt gegenüber dem Vorjahr netto um rund 12,4 Millionen Franken. Hauptursache dafür ist die um 99 Franken grössere Differenz der relativen Steuerkraft von Winterthur zum kantonalen Mittel, da im Jahr 2015 einerseits die Steuerkraft der Stadt Winterthur um 31 Franken gesunken und andererseits die Steuerkraft des Kantons um 68 Franken gestiegen ist. Dies ergibt 13,5 Millionen Franken mehr Ressourcenausgleich gegenüber dem Budget 2016. Diese Veränderung widerspiegelt auch die Differenz zwischen dem Budget 2017 und dem IAFP 2017.

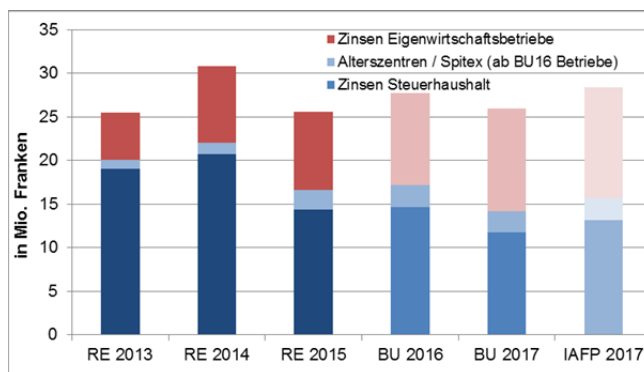
Der Ressourcenausgleich wird nach den Vorgaben des Gemeindeamts berechnet, welches letztjährig von keiner Steigerung ausging. Der Anstieg des Ressourcenausgleichs wird durch die Anpassung des Zentrumslastenausgleichs an die negative Teuerung um 1,1 Millionen Franken vermindert.

Steuern und Finanzausgleich summiert



Die Erträge aus Steuern und Finanzausgleich sind stark aneinander gekoppelt. Verschlechtert sich die Steuerkraft der Stadt gegenüber dem kantonalen Mittel, steigt der Ressourcenausgleich mit zweijähriger Verzögerung, was die verminderten Steuererträge wiederum fast vollständig kompensiert. Daher macht es Sinn, diese beiden wichtigen Ertragssäulen der Stadt gesamthaft darzustellen.

Zinsen

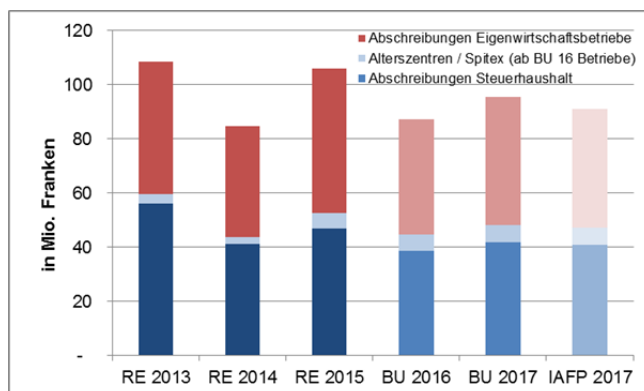


Gegenüber dem Budget 2016 sinkt der prognostizierte Zinsaufwand um insgesamt 1,7 Millionen Franken. Zu beachten ist, dass die Alterszentren und Spitex ab dem Budget 2016 neu als Betriebe geführt werden, woraus eine Verschiebung von durchschnittlich 2 Millionen Franken vom allg. Haushalt zu den Eigenwirtschaftsbetrieben resultiert. Das aktuelle Zinsumfeld sowie das aktive Liquiditätsmanagement führen dazu, dass sich die Zinsbelastung im Budget 2017 gegen-

über dem Budget 2016 im Steuerhaushalt um rund 2,9 Millionen Franken reduziert. Dies ist auch der Grund, weshalb die Zinskosten gegenüber dem IAFP 2017 tiefer ausfallen.

Die auf hohem Niveau leicht zurückgehende Investitionstätigkeit von Stadtwerk führt zu anhaltend hohen Zinsen bei den Eigenwirtschaftsbetrieben.

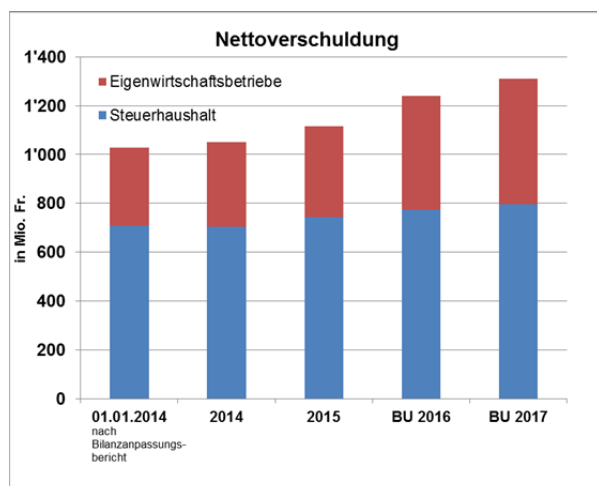
Abschreibungen



Die Abschreibungen im allgemeinen Verwaltungsvermögen erhöhen sich gegenüber dem Budget 2016 um insgesamt 3,4 Millionen Franken. Dies liegt zum grössten Teil an Projekten von folgenden Produktgruppen, welche 2017 neu in Nutzung gehen: Tiefbau, Volksschule, Individuelle Unterstützung (Asylunterkunft) und Stadtgrün. Im IAFP 2017 wurde im letzten Jahr mit einer Erhöhung von 2,5 Millionen Franken gerechnet.

Die Eigenwirtschaftsbetriebe verzeichnen um 4,6 Millionen Franken höhere Abschreibungen gegenüber dem Budget 2016. Diese Steigerung wird vor allem bei der Entsorgung und Stadtwerk verursacht. Ursprünglich wurde im IAFP 2017 ein Anstieg von 1,2 Millionen Franken budgetiert.

Verschuldung



Sowohl im steuerfinanzierten als auch im eigenwirtschaftlichen Teil der Stadt finanzieren die Abschreibungen die Neuinvestitionen nicht. Dies bedingt die Aufnahme von zusätzlichem Fremdkapital, falls die Differenz nicht durch den Verkauf von Finanzvermögen oder einen Gewinn aus der Erfolgsrechnung gedeckt werden kann. Es muss davon ausgegangen werden, dass die Verschuldung bei vollständiger Umsetzung des Investitionsprogramms im Steuerhaushalt um 24 Millionen Franken ansteigt. Wird der Plafond von 54 Millionen Franken eingehalten, so reduziert sich die zusätzliche Verschuldung auf 9 Millionen Franken. Die Verschuldung der

Eigenwirtschaftsbetriebe steigt um 48,9 Millionen Franken bei vollständiger Umsetzung der geplanten Projekte.

c) Departement Bau

in Mio. Franken	Budget 2016	Budget 2017	IAFP 2017	Δ BU16/BU17
Tiefbau	17.98	19.30	18.15	-1.32
Vermessung	0.53	0.69	0.71	-0.16
Baupolizei	0.88	0.98	0.82	-0.09
Städtebau	6.18	6.62	6.55	-0.44
Total	25.57	27.59	26.22	-2.02

Das Departement Bau verzeichnet im Budget 2017 eine Aufwandssteigerung von über 1,2 Millionen Franken sowie eine Ertragsminderung von knapp

0,8 Millionen Franken, was das Ergebnis um 2,0 Millionen Franken gegenüber dem Budget 2016 verschlechtert. Im Bereich **Tiefbau** wird aufgrund des Investitionsprogramms und den Nutzungsbeginnen mit rund 1 Million Franken höheren Abschreibungen und Zinsen gerechnet. Diesen Mehraufwendungen stehen steigende Gebühreneinnahmen bei den Belagsinstandstellungen und der Signalisation gegenüber, welche allerdings durch die ursprünglich geplante Weiterverrechnung des WC-Unterhalts an die Entsorgung überkompensiert werden. Insbesondere die höheren Abschreibungen und die Kosten des WC-Unterhalts haben dazu geführt, dass der IAFP überschritten wird. Bei der Produktgruppe **Vermessung** erhöht sich der Globalkredit hauptsächlich aufgrund tieferer Staats- und Bundesbeiträge sowie tieferer Kostenverrechnung für die Betriebsführung des geographischen Informationssystems. Der Anstieg liegt jedoch unter dem letztjährig prognostizierten Finanzplan. Bei der **Baupolizei** reduzieren sich die Personal- und Sachkosten, die Gebühreneinnahmen bei den Baubewilligungen und die Einnahmen aus einem auslaufenden Vertrag mit den Elektrizitätswerken des Kantons Zürich. Dagegen erhöhen sich die Mietkosten sowie die Zinsen und Abschreibungen. Letztere sind auch der Hauptgrund, weshalb das Resultat schlechter ausfällt als im IAFP. Beim Amt für **Städtebau** fallen vor allem höhere Zinsen und Abschreibungen gegenüber dem Vorjahr ins Gewicht, welche in dieser Höhe im IAFP nicht vorgesehen waren.

Der Eigenwirtschaftsbetrieb **Entsorgung** rechnet mit deutlich tieferen Personal- und Sachkosten; zusätzlich werden höhere Gebühreneinnahmen von Stadtwerk für die Stadtentwässerung erwartet. Demgegenüber erhöhen sich die Abschreibungen und Zinsen. Per Saldo erhöht sich die Einlage in die Betriebsreserve gegenüber dem Budget 2016 um 0,8 auf knapp 1,5 Millionen Franken.

d) Departement Sicherheit und Umwelt

in Mio. Franken	Budget 2016	Budget 2017	IAFP 2017	Δ BU16/BU17
Stadtrichteramt	-1.39	-1.27	-1.39	-0.11
Stadtpolizei	25.15	26.47	24.24	-1.32
Lebensmittelinspektorat	0.30	0.27	0.30	0.03
Melde- und Zivilstandswesen	2.15	2.27	2.20	-0.12
Schutz und Intervention Winterthur	10.35	10.36	10.35	-0.01
Umwelt- und Gesundheitsschutz	1.41	1.50	1.53	-0.09
Total	37.98	39.60	37.25	-1.62

Das Departement Sicherheit und Umwelt generiert eine Aufwandssteigerung in der Höhe von 1,7 Millionen Franken, währenddessen der Ertrag auf gleichem Niveau bleibt. In erster Linie resultiert diese

Mehrbelastung aus der Aufstockung des Polizeikorps um zusätzlich 10,5 Stelleneinheiten, da die entsprechende «Balance»-Massnahme durch den GGR abgelehnt wurde. Dies begründet auch, weshalb der IAFP hier wesentlich überschritten wird. Bei der **Stadtpolizei** wird zudem weiterhin mit Mindererlösen bei den Bussen (-1,03 Mio. Fr.) und den Nachtparkgebühren (-0,11 Mio. Fr.) gerechnet, was jedoch zu einem grossen Teil durch die gebührenpflichtigen Parkplätze im Neuwiesenquartier (+0,9 Mio. Fr.), welche wider Erwarten weitergeführt werden, aufgefangen werden.

Das **Stadtrichteramt** rechnet ebenfalls mit tieferen Gebührenerlösen, weshalb sich der Globalkredit erhöht. Das **Lebensmittelinspektorat** verzeichnet aufgrund einer Stellenreduktion eine Aufwandminderung. Demgegenüber steht ein Stellenaufbau im **Melde- und Zivilstandswesen**, was dessen Budget steigen lässt. Die Produktgruppe **Schutz und Intervention Winterthur** weist eine minime Budgetveränderung auf, da sich die Mehrkosten einer zusätzlichen Ausbildungsstelle durch höhere Erträge im Zivilschutzbereich kompensieren. Beim **Umwelt- und Gesundheitsschutz** werden höhere Personal- und Sachkosten (Emissionskataster und Umweltbericht werden alle vier Jahre durchgeführt) durch steigende interne Erlöse abgegolten.

Der Eigenwirtschaftsbetrieb **Parkhäuser und Parkplätze** hat für das Jahr 2017 eine um 0,1 Millionen Franken höhere Ablieferung von 1,6 Millionen Franken in die Stadtkasse budgetiert. Die erhöhten Abschreibungen aufgrund in Nutzung gehender Projekte werden aus der Betriebsreserve finanziert.

e) Departement Schule und Sport

Schule

in Mio. Franken	Budget 2016	Budget 2017	IAFP 2017	Δ BU16/BU17
Volksschule	185.06	181.29	189.10	3.77
Einkauf und Logistik	-0.21	-0.18	-0.21	-0.03
Sonderschulung	24.00	24.34	23.93	-0.34
Familie und Betreuung	9.79	18.06	9.86	-8.27
Berufsbildung	7.53	7.92	7.45	-0.39
Total	226.17	231.43	230.13	-5.26

Die Schule verzeichnet nebst einer Aufwanderhöhung von 4,3 Millionen Franken einen Einnahmerückgang von 1,0 Millionen Franken. Insgesamt verschlechtert sich das Ergebnis um 5,3 Millionen Franken gegenüber dem Budget 2016. Das sind 1,3 Millionen Franken mehr als im IAFP vorgesehen.

Infolge Reorganisation im Bereich Bildung wird die Schullergänzende Betreuung ab Budget 2017 von der Produktgruppe Volksschule in die Produktgruppe Familie und Betreuung verschoben, weshalb die Budget- und Finanzplanwerte nicht direkt vergleichbar sind. Bei der **Volksschule** wird gemäss Schulraumprognose mit einem Schülerwachstum von 2,6% gerechnet, was mehr Anstellungen von Lehrpersonen sowie eine Erhöhung von Sachkosten zur Folge hat. Der Bereich **Familie und Betreuung** plant wegen mehr Schulkindern ebenfalls mehr Betreuungspersonen ein, wogegen das Wachstum bei den städtischen Beiträgen an die Betreuung in den Kindertagesstätten geringer ausfallen wird.

Die Produktgruppe **Einkauf und Logistik Winterthur** weist gegenüber dem Budget 2016 und IAFP 2017 ein leicht verschlechtertes Ergebnis auf, kann jedoch das Niveau der Rechnung 2015 voraussichtlich übertreffen.

Die **Sonderschulung** plant mit Mehrkosten bei den Personal- und Sachkosten aufgrund zusätzlicher ISR-Lektionen (integrierte Sonderschulungen in der Verantwortung der Regelschule) und mehr Anstellungen von Klassenassistenten (Projekt SIRMA; Stärkung der Integrationskraft der Regelschule durch Ressourcenmanagement). Zudem wird mit einer Abnahme bei den Kantonsbeiträgen infolge restriktiverer Anwendung des Pensenpools durch den Kanton gerechnet. Demgegenüber stehen geringere Kosten durch externe Sonderschulungen als Konsequenz des Projektes SIRMA.

Der Bereich **Berufsbildung** rechnet sowohl bei der MSW (Mechatronik Schule Winterthur) als auch dem Berufsvorbereitungsjahr Profil mit einer Aufwandminderung beim Personal. Des Weiteren wird der Handelswaren- und Sachaufwand der MSW reduziert. Negativ wirkt sich das Leistungsüberprüfungsprogramm des Kantons Zürich (Lü16) aus, da die Staatsbeiträge für die MSW und Profil abnehmen. Diese Verschlechterung sowie weniger stark gesunkene Personalkosten sind die Ursache für die Überschreitung des IAFP 2017.

Sport

in Mio. Franken	Budget 2016	Budget 2017	IAFP 2017	Δ BU16/BU17
Sportamt	13.14	13.46	13.61	-0.32
Total	13.14	13.46	13.61	-0.32

Wegen einer weiteren Kantonalisierung bei den Lehrpersonen wurde eine halbe

Stelle der Sportförderung von der Volksschule zum Sportamt transferiert. Ins Gewicht fallen zudem steigende Energiekosten durch das vom GGR beschlossene teurere Tarifmodell Bronzestrom sowie höhere Unterhaltskosten von zusätzlichen bzw. gealterten Anlagen. Entgegenwirkend werden höhere Einnahmen nach dem Umbau und der Teilschliessung des Hallenbades Geiselweid verzeichnet. Die Abschreibungen fallen gegenüber dem IAFP 2017 leicht tiefer aus, weshalb eine Verbesserung gegenüber dem Finanzplan erzielt wird.

f) Departement Soziales

Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) und Soziale Dienste

in Mio. Franken	Budget 2016	Budget 2017	IAFP 2017	Δ BU16/BU17
Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde	4.14	4.18	4.14	-0.03
Sozial- und Erwachsenenhilfe	19.29	19.74	19.29	-0.44
Prävention und Suchthilfe	3.68	4.09	3.68	-0.41
Individuelle Unterstützung	123.26	124.91	126.89	-1.65
Arbeitsintegration	1.69	1.97	1.69	-0.27
Total	152.07	154.88	155.70	-2.81

Insgesamt wachen die Ausgaben bei der KESB und im Bereich Soziale Dienste im Ergebnis um rund 2,8 Millionen Franken. Im Bruttoaufwand liegt der Anstieg bei 11,4 Millionen

Franken. Gegenüber dem letztjährigen Finanzplan ist der Anstieg tiefer als prognostiziert.

Die **Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde** weist einen leicht höheren Globalkredit aus als im Budget 2016 bzw. im IAFP 2017, was hauptsächlich aus höheren verfahrensbezogenen Sachkosten resultiert.

In der Produktgruppe **Sozial- und Erwachsenenhilfe** ist mit einem Personalaufbau von 17,8 Stelleneinheiten, vor allem im Asylbereich und bei der Sozialberatung infolge höherer Falllast zu rechnen. Es werden insbesondere die im Bericht «Bass» empfohlenen Massnahmen zur Überprüfung der Wohnkosten, Kontrolle der Berechtigung für Zusatzleistungen sowie die Stärkung der Fachstelle für Junge Erwachsene umgesetzt. Die Mehrkosten für das zusätzliche Personal werden durch Einsparungen in der PG Individuelle Unterstützung kompensiert. Gleichzeitig steigt der Verwaltungskostenbeitrag des Kantons für die Sozialhilfe. Entgegen der Annahme im Finanzplan 2017 ist diese Änderung nicht saldoneutral.

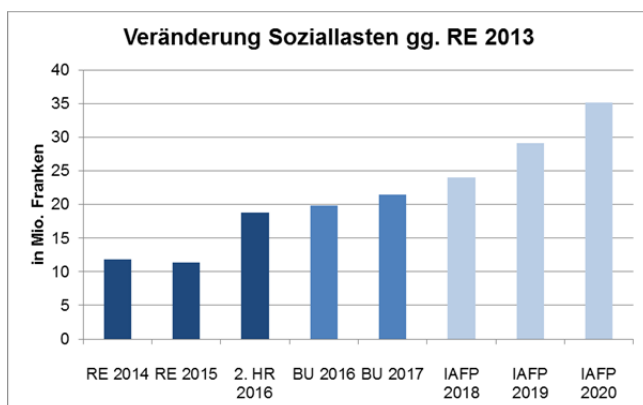
Bei der Produktgruppe **Prävention und Suchthilfe** steigt der Personalaufwand durch zusätzliche Stellen bei der neu geschaffenen Fachstelle für Extremismus und Gewaltprävention sowie in der Wohnbegleitung bzw. bei den Mietzinsabklärungen (Empfehlung der Studie «Bass»). Diese Änderungen waren im IAFP 2017 noch nicht berücksichtigt, weshalb dieser nun überschritten wurde.

Bei der Produktgruppe **Individuelle Unterstützung** wird mit einem Nettokostenanstieg von 1,7 Millionen Franken gerechnet, welche sich wie folgt zusammensetzt:

- Sozialhilfe: + 4,7 Millionen Franken
- Asylfürsorge: + 0,8 Millionen Franken
- Alimentenbevorschussung: + 0,1 Millionen Franken
- Kleinkinderbetreuungsbeiträge: - 3,9 Millionen Franken

Gegenüber dem IAFP 2017 fällt der Globalkredit 2017 um knapp 2 Millionen Franken tiefer aus. Dies liegt insbesondere daran, dass das Kosten- und Fallwachstum der Zusatzleistungen geringer ist als ursprünglich angenommen wurde.

In der **Sozialhilfe** wird im Budget 2017 mit einem Anstieg der Unterstützungsfälle um 350 auf 4250 Fälle gerechnet, wobei für die Ausgabenpositionen Grundbedarf und Mieten ein konstantes Wachstum prognostiziert wird. Bei den Erträgen bleibt der Anteil der Personen mit Rückerstattung durch den Kanton voraussichtlich auf demselben Niveau.



Im Vergleich zur Rechnung 2013 (Basisjahr) zeichnet sich bei der Sozialhilfe im Budget 2016 ein Kostenwachstum von netto 16 Millionen Franken ab, welches sich bis ins Jahr 2020 voraussichtlich sogar auf 35 Millionen Franken erhöht, was knapp sechs bzw. 13 Steuerprozenten entspricht.

Die vorläufig aufgenommenen und anerkannten Flüchtlinge laufen nicht über das Produkt **Asylfürsorge**, sondern über die allgemeine Sozialhilfe, weshalb sich der Umsatz im Asylbereich trotz eines höheren Kontingentes nicht wesentlich verändert. Jedoch führen verschiedene Effekte zu einer Verschlechterung des Kostendeckungsgrades: hoher Initialaufwand für Asylsuchende, welcher in späteren Jahren nicht ausgeglichen werden kann, Flüchtlingsunterkünfte, die in wenigen Jahren abgeschrieben werden müssen, und der Brandschutz fordert eine 24-Stunden Personal-Präsenz.

Das Kosten- und Fallwachstum bei den **Zusatzleistungen** zur AHV/IV fällt im 2017 etwas tiefer aus als im Budget 2016.

Die **Kleinkinderbetreuungsbeiträge** wurden per September 2016 abgeschafft. Für allfällige Nachzahlungen sind im Budget 2017 0,19 Millionen Franken eingestellt.

Die Produktgruppe **Arbeitsintegration** rechnet infolge eines geringeren Rotationsgewinns und höheren Arbeitgeberbeiträgen an die Sozialversicherungen und die Pensionskasse mit steigenden Personalkosten. Das Überbrückungsangebot «Passage», welches wesentliche Leistungen für die Öffentlichkeit erbringt (z.B. Waldpflege oder Reinigung der öffentlichen Grün- und Freizeitanlagen) ist nach wie vor das aufwändigste Programm in dieser Produkte-

gruppe. Diese Änderungen waren zum Zeitpunkt der Budgetierung des Finanzplans 2017 noch nicht bekannt.

Beiträge an Organisationen

in Mio. Franken	Budget 2016	Budget 2017	IAFP 2017	Δ BU16/BU17
Beiträge an Organisationen	43.40	45.06	43.80	-1.66
Total	43.40	45.06	43.80	-1.66

Bei der Produktgruppe Beiträge an Organisationen steigt der Aufwand um

1,7 Millionen Franken. Der grösste Teil dieses Kostenwachstums resultiert aufgrund des in der Pflegefinanzierung erwarteten Mengenwachstums, welches 1,5 Millionen Franken resp. 4% beträgt. Bei der ambulanten Pflege wird mit einer Zunahme der Leistungsstunden von rund 5% gerechnet, bei der stationären Langzeitpflege mit einer Zunahme von Leistungstagen von rund 2%. Die Kostensteigerung bei der Pflegefinanzierung wurde im IAFP 2017 noch moderater mit 0,4 Millionen Franken pro Jahr geschätzt, weshalb der Globalkredit 2017 nun höher ausfällt als im letzten Jahr angenommen.

Die **Spitex und Alterszentren** werden seit Budget 2016 als **Eigenwirtschaftsbetriebe** geführt, weshalb diese einen Kostendeckungsgrad von 100% bzw. einen Globalkredit von null Franken aufweisen. Die Finanzierung der **Spitex** erfolgt über die Krankenkasse, die Klienten sowie die Gemeinde. Im diesjährigen Budget wird hauptsächlich aufgrund einer Reduktion von Stellen eine erstmalige Einlage in die Betriebsreserve von 144 000 Franken erwartet. Die Finanzierung der **Alterszentren** erfolgt ebenfalls über die Krankenkasse, die Bewohnenden und die Gemeinde (Pflegekosten); die Hotellerie- und die Betreuungskosten gehen zu Lasten der Bewohnenden. Im Budget 2017 rechnet man mit einer tieferen Auslastung, was sich sowohl im Personalaufwand als auch bei den Einnahmen widerspiegelt. Durch die Vorgabe eines effizienteren Mitteleinsatzes können die Sachkosten gesenkt werden, weshalb eine Einlage in die Betriebsreserve von 600 000 Franken budgetiert wird.

g) Departement Technische Betriebe

Eigenwirtschaftsbetriebe

in Mio. Franken	Aufwand 2016	Aufwand 2017	IAFP 2017	Δ BU16/BU17
Stadtwerk	244.64	248.68	248.61	-4.04
Stadtbus	51.81	51.96	51.91	-0.15
Total	296.44	300.64	300.52	-4.19

Stadtwerk verzeichnet einen Stellenaufbau um etwas mehr als fünf Stellen. Die Einlage in die Betriebs-

reserve hat sich gegenüber dem letzten Jahr um 5 auf 17,9 Millionen Franken erhöht. Diese Steigerung ist auch durch die um 2,3 Millionen Franken tiefere Ablieferung an den allgemeinen Haushalt begründet. Die Ablieferung beträgt gegenwärtig 11,4 Millionen Franken.

Der Stellenetat von **Stadtbus** sinkt um 1,7 Stellen infolge einer wegfallenden Doppelbesetzung wegen langfristiger Krankheitsabsenz und einer Organisationsanpassung bzw. Finanzplanung des ZVV. Das Budget 2017 bleibt auf Vorjahresniveau.

Allgemeiner Steuerhaushalt

in Mio. Franken	Budget 2016	Budget 2017	IAFP 2017	Δ BU16/BU17
Beiträge an den öffentlichen Verkehr	15.03	15.16	15.35	-0.13
Stadtgrün	11.40	11.41	10.98	-0.01
Total	26.43	26.57	26.33	-0.14

Der **Beitrag an den öffentlichen Verkehr** übersteigt das Budget 2016, ist aber tiefer als im IAFP 2017.

Bei **Stadtgrün** konnte das Niveau des Vorjahresbudgets trotz Mindererlösen aus dem Holzverkauf gehalten werden. Effekte auf der Kosten- und Ertragsseite resultieren einerseits aus der Schliessung des Blumenladens, welcher neu Erträge aus der Verpachtung generiert und andererseits aus der Einstellung der Bekämpfung des asiatischen Laubholzbockkäfers. Diese Verschiebungen wurden im IAFP 2017 noch nicht vollständig berücksichtigt. Die Perso-

nal- und Sachkosten werden aufgrund gezielter Sparmassnahmen massiv gesenkt, was aber teilweise durch die höheren Abschreibungen und Zinsen aufgrund der Fertigstellung des Eulachparks kompensiert wird.

h) Behörden und Stadtkanzlei

Stadtkanzlei

in Mio. Franken	Budget 2016	Budget 2017	IAFP 2017	Δ BU16/BU17
Stadtkanzlei	8.85	8.18	8.76	0.67
Total	8.85	8.18	8.76	0.67

Der Aufwand der **Stadtkanzlei** wird im Budget 2017 um knapp 0,6 Millionen Franken reduziert. Im Bereich Wahlen und Abstimmungen wird von tieferen Personalkosten und verminderten Informatik- und Sachaufwänden ausgegangen.

Behörden

in Mio. Franken	Budget 2016	Budget 2017	IAFP 2017	Δ BU16/BU17
Finanzkontrolle	1.03	0.90	1.03	0.12
Ombuds- und Datenaufsichtsstelle	0.31	0.31	0.31	-
Total	1.34	1.21	1.34	0.12

Die **Finanzkontrolle** weist tiefere Personalkosten aus, da Ersatzrenten wegfallen und auf eine Ausbildungsstelle verzichtet wird. Zudem fallen die Residualkosten höher aus als im Vorjahr. Diese Änderungen wurden im IAFP 2017 noch nicht berücksichtigt.

Bei der **Ombuds- und Datenaufsichtsstelle** sind ebenfalls höhere Residualkosten zu verzeichnen, wobei diese Ertragssteigerung durch die Kosten für das Jubiläum der Ombudsstelle wieder kompensiert wird.

5. Integrierter Aufgaben – und Finanzplan (IAFP)

Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) ist ein Planungsinstrument, welches über die Annahmen der finanziellen Entwicklung der Stadt Winterthur über die nächsten vier Jahre Auskunft gibt. Dem IAFP liegen zum einen makro-ökonomische Betrachtungen sowie die Eingaben der einzelnen Produktgruppen zugrunde. Im Fokus stehen dabei – insbesondere was den längerfristigen Planungshorizont betrifft – in erster Linie die Entwicklungen der Bereiche Bildung, soziale Wohlfahrt sowie Gesundheit und nicht kleinere Beträge der einzelnen Produktgruppen, auch wenn sich diese in der Summe ebenfalls (wenn auch in ungleich geringerem Ausmass) auf die finanzielle Lage der Stadt auswirken.

Rechnung 2015 CHF	Budget 2016 CHF	Nr.	Bezeichnung	Budget 2017 CHF	Plan 2018 TCHF	Plan 2019 TCHF	Plan 2020 TCHF
Stadt Winterthur							
1 491 748 411	1 496 174 075		Aufwand	1 528 228 770	1 553 979	1 571 015	1 585 879
235 785 634	229 193 273		interne Verrechnungen	237 819 870	237 520	240 986	234 972
1 255 962 777	1 266 980 802		bereinigter Aufwand	1 290 408 900	1 316 459	1 330 029	1 350 907
1 504 471 235	1 497 912 809		Ertrag	1 531 900 774	1 539 853	1 570 899	1 558 445
235 785 634	229 193 273		interne Verrechnungen	237 819 870	237 520	240 986	234 972
1 268 685 601	1 268 719 536		bereinigter Ertrag	1 294 080 904	1 302 333	1 329 913	1 323 473
-12 722 825	-1 738 734		Ergebnis	-3 672 004	14 126	116	27 435
			Soziallastenausgleich			35 000	35 000
			Ergebnis ohne Soziallastenausgleich 2019ff.			35 116	62 435
427 069 478	428 425 693	30	Personalaufwand	431 391 068	431 680	428 509	427 764
239 294 291	243 019 325	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	241 198 261	244 256	240 039	241 907
100 184 002	87 379 831	33	Planmässige Abschreibungen Sachanlagen	95 415 083	104 717	110 308	112 434
28 128 631	34 225 168	34	Finanzaufwand	33 414 650	30 735	28 211	30 654
36 043 002	17 060 086	35	Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen	24 677 248	25 031	23 160	23 008
422 477 860	456 438 699	36	Transferaufwand	463 964 590	479 693	499 454	514 793
648 571	432 000	37	Durchlaufende Beiträge	348 000	348	348	348
2 116 943	-	38	Ausserordentlicher Aufwand	-	-	-	-
235 785 634	229 193 273	39	Interne Verrechnungen	237 819 870	237 520	240 986	234 972
386 160 406	392 740 000	40	Fiskalertrag	394 820 000	397 820	394 720	379 620
1 041 417	3 139 000	41	Regalien und Konzessionen	3 289 000	3 289	3 289	3 289
509 902 409	512 148 792	42	Entgelte	520 361 606	525 661	529 294	537 254
18 657 974	17 078 075	43	Verschiedene Erträge	15 165 483	15 803	15 686	15 674
46 735 340	28 550 703	44	Finanzertrag	35 217 268	33 012	29 344	29 436
13 077 756	2 924 679	45	Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen	4 488 685	5 003	5 596	4 301
292 087 845	311 706 289	46	Transferertrag	320 390 861	321 398	351 636	353 550
648 571	432 000	47	Durchlaufende Beiträge	348 000	348	348	348
373 883	-	48	Ausserordentlicher Ertrag	-	-	-	-
235 785 634	229 193 273	49	Interne Verrechnungen	237 819 870	237 520	240 986	234 972

Generelle konjunkturelle Entwicklungen

Für die Stadt sind positive Entwicklungen bei den Steuern und dem Finanzausgleich wichtige Eckpunkte, weil dadurch nicht nur ein positives Wachstum bei den Einnahmen hervorgerufen wird, sondern dies im besten Fall auch bremsend auf das Wachstum der Soziallasten wirkt. Dafür sind eine gute Konjunkturlage der wichtigsten Handelspartner der Schweiz sowie adäquate Wechselkurse gegenüber dem Schweizer Franken entscheidend. Diese Punkte wurden Mitte Juli vom Staatssekretariat der Wirtschaft (Seco) wie folgt eingeschätzt:

«Die Schweizer Konjunktur steht seit einigen Monaten unter verschiedenen teils entgegengesetzten Einflüssen. Auf der einen Seite zeichnet sich in verschiedenen europäischen Ländern eine Erholung des Wachstums ab, was positive Auswirkungen auf den Schweizer Aus- und Handel hat. Auf der anderen Seite verhindert die vor allem aufgrund des geringeren Wachstums in den Schwellenländern abgeschwächte Dynamik des Welthandels, dass die Schweizer Handelsbilanz stärkere Wachstumsimpulse liefert.

Positiv ist gleichwohl zu vermerken, dass die aktuellen Stimmungsindikatoren wie der Einkaufsmanagerindex und das KOF-Konjunkturbarometer ihre Erholungstendenz in den ersten fünf Monaten dieses Jahres weiter festigen konnten. Diese Aufhellung deutet darauf hin, dass die Schweizer Wirtschaft die Bremseffekte des starken Frankens mittlerweile einigermaßen verdaut hat und die weiteren Wachstumsaussichten moderat zuversichtlich einzustufen sind.

Vor dem Hintergrund eines noch wenig dynamischen weltweiten Wachstums hält die Expertengruppe des Bundes an ihrer bisherigen Wachstumsprognose für das Bruttoinlandprodukt (BIP) fest und erwartet sowohl für 2016 als auch für 2017 eine moderate Verbesserung der Wirtschaftslage. Die Expertengruppe rechnet mit einem realen BIP-Wachstum von 1,4% für 2016 und 1,8% für 2017 (gleiche Prognosen wie im März 2016).

In den kommenden Monaten dürfte die Arbeitslosigkeit weiterhin leicht ansteigen, ehe die konjunkturelle Erholung im nächsten Jahr allmählich auch auf den Arbeitsmarkt übergreift. Die Expertengruppe erwartet für 2016 eine durchschnittliche Jahresarbeitslosenquote von 3,6% und für 2017 eine leichte Abnahme auf 3,5% im Jahresmittel.

Angesichts der etwas höheren Erdölpreise sowie der abklingenden Effekte der letztjährigen Frankenaufwertung auf die Importpreise ist davon auszugehen, dass die Phase negativer Teuerungsraten in den kommenden Monaten zu Ende gehen wird. Im Jahresdurchschnitt 2016 dürfte die Konsumteuerung nochmals im negativen Bereich bei -0,4% liegen und sich 2017 knapp in den positiven Bereich bewegen (0,3%).»

Die letztjährige Seco-Prognose der Steigerung des BIP für 2016 war um 0,2% zu hoch, aber sie bleibt im positiven Bereich von 1,4%. Für die Zukunft wird mit einer moderaten Steigerung auf 1,8% gerechnet. Auch mit der Prognose für die Arbeitslosigkeit war das Seco mit 0,1% ein wenig zu optimistisch. Allerdings wird mit einem leichten Rückgang der Arbeitslosenquote auf 3,5% gerechnet. Bei der Teuerung für das 2016 rechnete das Seco mit 0,3%. Heute geht man von einer negativen Entwicklung von -0,4% aus. Die Teuerung für das nächste Jahr wird wieder mit +0,3% angegeben. Für die weiteren Jahre gibt es keine Angaben, wobei mit keinen Raten von über 1% gerechnet werden kann. Grundsätzlich wird allgemein aus monetären Überlegungen eine Teuerung bis zu 2% als erwünscht betrachtet.

Entwicklungen Bund und Kanton

Für die Einnahmenseite sind auch kantonale und eidgenössische Entwicklungen im Steuerrecht und im innerkantonalen Lastenausgleich massgebend. Im Kanton Zürich soll die durch den Regierungsrat beantragte innerkantonale Verlustverrechnung bei den Grundstücksteuern für juristische Personen eingeführt werden und auf Bundesebene die Unternehmenssteuerreform III (USR III). Für beide Vorlagen hat der Stadtrat ablehnende Vernehmlassungsantworten verfasst. Der Widerstand gegen die allfälligen Reformen verzögerte schon jetzt das Inkrafttreten auf das Jahr 2020.

Innerkantonale erhöht sich die ungleiche Verteilung der Soziallasten weiterhin und wird zu einem immer grösseren politischen Problem. Während der Anstieg über den ganzen Kanton gesehen noch einigermaßen moderat verlief, werden einige Gemeinden – Winterthur mit eingeschlossen – von einem überproportionalen Anstieg dieser Kosten förmlich überrollt. Spätestens im Jahr 2019, wenn der Kanton den Gemeinden keine Übergangsausgleichszahlungen gemäss neuem Finanzausgleichsgesetz mehr ausrichtet, muss eine neue gesetzliche Regelung in Kraft sein. Die Stadt Winterthur beteiligt sich aktiv an der Problemlösung. So sind unter anderem verschiedene Vertreter des Stadtrates in entsprechenden kantonalen Arbeits- und Fachgruppen tätig. Wichtig ist dem Stadtrat auch die Vernetzung mit anderen Gemeinwesen, welche vor der gleichen Herausforderung stehen, sowie mit den Vertreterinnen und Vertretern des Kantonsrates, welche letztlich über die neue gesetzliche Regelung, welche nicht zwingend im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes erfolgen muss, befinden werden.

Der Kanton hat das Leistungsüberprüfungsprogramm 2016 (Lü 16) ins Leben gerufen, welches nach seinen eigenen Angaben die Gemeinden mit 70 Millionen Franken trifft. Änderungen beim Finanzausgleich, die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs, die Kommunalisierung der Schulleitungen und Veränderungen bei der Finanzierung der dezentralen Drogenhilfe sind die grössten Brocken im «Lü 16». Erste Überprüfungen durch die Städte Winterthur und Zürich lassen aber deutlich höhere finanzielle Auswirkungen für die Gemeinden befürchten. Die Auswirkungen von «Lü 16» wurden im IAFP berücksichtigt und betragen im Total:

2018: Fr. 5,3 Mio. / 2019: Fr. 11 Mio. / 2020 ff: Fr. 9 Mio.

Würden die Ausfälle im Kanton gleichmässig pro Kopf verteilt, wäre Winterthur jährlich mit 5 Millionen Franken deutlich tiefer betroffen.

Städtische Entwicklungen

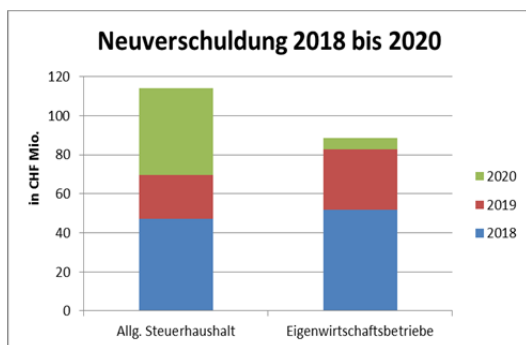
Auf der Ausgabenseite sind das grosse Wachstum bei der Anzahl der Schulkinder und das Wachstum der Sozialkosten ein finanzieller Dauerbrenner. Die grösser werdende Stadt ist vor allem für junge Familien mit Kindern attraktiv. Aber auch die Langzeitpflege schlägt finanziell vor allem im Bereich Spitex immer mehr zu Buche. Weil die Beiträge der Bewohnenden und der Krankenkasse gesetzlich limitiert sind, gehen die Kostensteigerungen zu 100% zulasten der Gemeinden. Das Investitionsvolumen bleibt trotz Kürzungen über die nächsten Jahre beträchtlich (Neubau und Sanierungen von Schulhäusern, Polizeigebäude etc.).

Aus all diesen Erwägungen werden für die IAFP-Jahre 2018 bis 2020 folgende Annahmen getroffen:

Steuern: Auf das Jahr 2018 wird nochmals ein Wachstum von 3 Millionen Franken erwartet. Ab 2019 werden die Steuererträge mit einer Rücknahme der mit dem Budget 2016 vorgenommenen Steuerfusserhöhung dargestellt, was zu entsprechend sinkenden Steuererträgen führt. Ab 2020 wird mit den Auswirkungen der Steuergesetzrevisionen gerechnet, was den Steuerertrag auf 379,2 Millionen Franken absinken lässt. Damit würde der Steuerertrag auf das Niveau vor 2011 fallen und gegenüber dem Budgetjahr 2017 um massive 15 Millionen Franken sinken. Da grundsätzlich mit 3 Millionen Franken mehr Steuern pro Jahr wegen des Bevölkerungswachstums gerechnet und im Jahr 2020 der begrenzte Pendlerabzug («Lü 16»-Massnahme) mit 2 Millionen Franken wirksam wird, fallen aus den Steuergesetzrevisionen insgesamt 20 Millionen Franken Steuerausfälle an.

Im letztjährigen IAFP wurden für das Jahr 2018 knapp drei Millionen Franken weniger eingestellt und es wurde davon ausgegangen, dass die Auswirkungen der Steuergesetzrevisionen schon ab 2019 greifen.

Zinsen und Verschuldung: Wegen der Spezialstellung des Frankens als Fluchtwährung wird weiterhin mit einem tiefen Zinsniveau mit leichter Tendenz nach oben gerechnet, so dass der Anteil kurzfristiger Finanzierungen eher abnehmen wird. Über die ganze Periode wird mit zusätzlichem Fremdkapital gerechnet, welches sich aus nicht selbstfinanzierten Investitionen und aus einer allfälligen Verwendung von Rückstellungen zusammensetzt.



Wie die nebenstehende Darstellung zeigt, wird über die Planungsperiode mit einer Fremdkapitalzunahme von circa 200 Millionen Franken gerechnet. Trotz dieser Zunahme wird von sinkenden Zinskosten ausgegangen, weil die Ablösung von auslaufenden Anleihen trotz leicht steigenden Zinsen günstiger sein wird. Im Jahr 2020 betragen die Zinsen noch 22,8 Millionen Franken, was gegenüber dem Budget 2017 eine Entlastung von 2,4 Millionen Franken bedeutet. Die Zinskosten für neues zehnjähriges Fremdkapital von

100 Millionen Franken betragen rund 200 000 Franken pro Jahr.

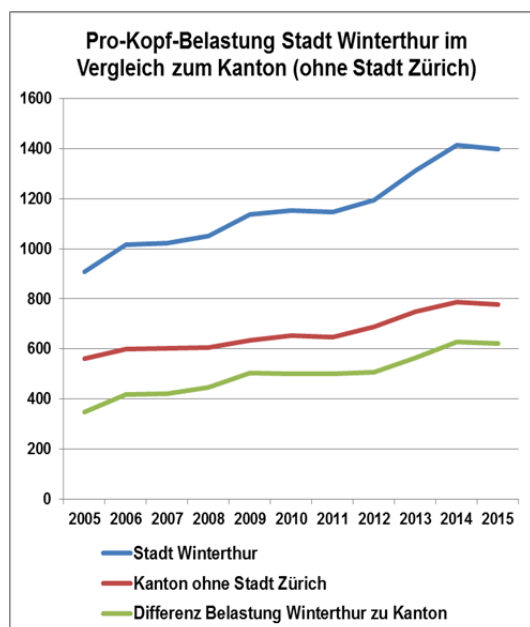
Gegenüber dem letztjährigen IAFP ist das eine Reduktion von circa 3,3 Millionen Franken, weil auch längerfristig von einem tieferen Zinsniveau ausgegangen wird und somit die Refinanzierungen auch in späteren Jahren günstig bleiben.

Kantonale Beiträge: Da der Steuerfuss ein Faktor bei der Berechnung des Ressourcenausgleichs darstellt, erhöht sich dieser aufgrund der vom GGR für das Budget 2016 beschlossenen und mutmasslich für die Jahre 2017 und 2018 weiterhin geltenden Steuerfusserhöhung mit zweijähriger Verzögerung um rund 1,3 Millionen Franken (Jahre 2018 bis 2020); wird die Steuerfusserhöhung ab 2019 rückgängig gemacht, sinkt demzufolge ab dem Jahr 2021 die Zahlung aus dem Ressourcenausgleich. Zudem sieht eine der Sparmassnahmen von «Lü 16» Änderungen beim Finanzausgleich vor. Es ist deshalb damit zu rechnen, dass die Zahlungen aufgrund dessen noch zusätzlich abnehmen werden. Daher wird im Jahr 2020 trotz grösserer Einwohnerzahl (welche ebenfalls Berechnungsfaktor darstellt) mit knapp 1 Million Franken weniger Ressourcenausgleich gerechnet.

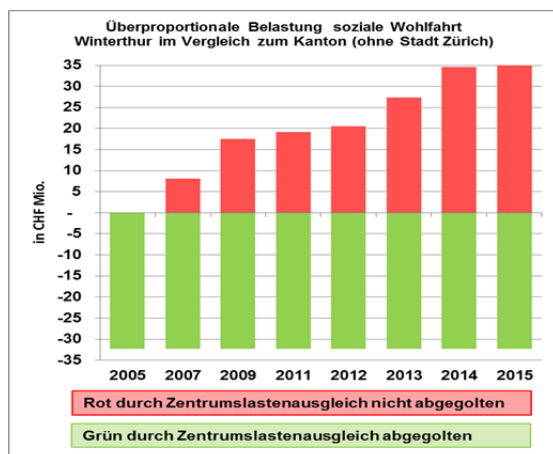
Ab 2019 soll ein neuer innerkantonaler Lastenausgleich für eine faire Verteilung der Soziallasten sorgen. Damit sollen das zwischen 2005 und 2013 überproportionale Wachstum in der Stadt Winterthur im Vergleich zum kantonalen Durchschnitt (ohne Stadt Zürich) in der Höhe von 35 Millionen Franken abgegolten werden (Erläuterung vgl. nachstehend).

Gegenüber dem letztjährigen IAFP hat sich das überproportionale Wachstum bei der sozialen Wohlfahrt von 27,3 Millionen Franken (Stand 2013) auf 35 Millionen Franken erhöht (Stand 2015). Neu wurde die erwartete Reduktion aus «Lü 16» berücksichtigt.

Die untenstehende Grafik zeigt die Pro-Kopf-Belastung der Stadt Winterthur für die Kosten der sozialen Wohlfahrt im Vergleich zum Kanton (ohne Stadt Zürich):



Im Jahr 2005 (Datengrundlage für die Berechnung des heutigen Finanzausgleichs) lag die Differenz zwischen der Pro-Kopf-Belastung in der Stadt Winterthur und dem Kanton (ohne Stadt Zürich) bei 347 Franken. Wird dieser Betrag mit der damaligen Bevölkerung von 92 963 multipliziert, ergibt sich eine im Vergleich zum Kanton überproportionale Belastung von 32,3 Millionen Franken. Diese Belastung kann als im Zentrumslastenausgleich integriert und somit als kompensiert gelten. Bis 2015 erhöhte sich die Differenz zwischen der Stadt Winterthur und dem Kanton (ohne Stadt Zürich) auf 622 Franken pro Kopf. Dieser Betrag multipliziert mit der Bevölkerung von 2015 von 108 044 ergibt eine überproportionale Belastung von 67,3 Millionen Franken.



Wird wiederum der Betrag von 32,3 Millionen Franken berücksichtigt, der durch den Zentrumslastenausgleich als abgegolten gelten kann, beträgt die Differenz 35 Millionen Franken, die seit 2005 neu als überproportionale Belastung in der sozialen Wohlfahrt hinzugekommen ist. Dieser Betrag wird heute durch die Winterthurer Steuerzahlenden finanziert und beträgt über 12 Steuerprozent.

Individuelle Unterstützung: Die zusätzliche Belastung pro Jahr beläuft sich auf 5,3 Millionen Franken pro Jahr und wird 2020 mutmasslich netto 141 Millionen Franken betragen. Der Anstieg zwischen 2013 bis 2016 betrug mit jährlichen Wachstumsraten von 9 Millionen Franken mehr als das Doppelte.

Gegenüber dem letztjährigen IAFP sind die Nettozuwachsrate pro Jahr um 700 000 Franken auf 5,3 Millionen Franken gesenkt worden. Da zusätzlich das Nettowachstum wegen erhöhten Rückerstattungen von Budget 2016 auf Budget 2017 sehr moderat ausfiel, liegt der Nettobetrag im neuen IAFP des Jahres 2019 um knappe 3 Millionen Franken tiefer als im letztjährigen IAFP. Die Bruttoanstiege haben sich aber kaum verändert.

Personalkosten: Es ist bis 2020 kein Teuerungsausgleich notwendig, weil die moderat prognostizierte Teuerung ab 2018 zuerst mit dem aktuell nicht vorgenommen Ausgleich der negativen Teuerung verrechnet werden kann. Personalmassnahmen sind nicht explizit budgetiert, da diese in der Regel mit dem Rotationsgewinn verrechnet werden können.

Gegenüber dem letztjährigen IAFP wird über die ganze Periode mit keinem Teuerungsausgleich gerechnet. Die Einsparungen aus der Überarbeitung des Personalstatuts werden tiefer veranschlagt als bislang angenommen.

Pflegefinanzierung: Es wird mit einem Wachstum von 1,2 Millionen Franken pro Jahr gerechnet. Im Jahr 2020 betragen die Gesamtkosten 41,4 Millionen Franken. Das Wachstum der Beiträge geht auf das Konto der privaten ambulanten und stationären Einrichtungen. Die stadteigenen Alterszentren erfahren einen Rückgang von 1 Million Franken und die stadteigene Spitex verzeichnet nur einen kleinen Anstieg von 450 000 Franken über die ganze Periode.

Im letztjährigen IAFP wurde das Wachstum zu moderat eingestellt. Dies liegt insbesondere daran, dass die Steuermöglichkeiten für private Institutionen beschränkt sind und die Normdefizite vom Kanton festgelegt werden. Die im letzten Jahr prognostizierten Kosten für das Jahr 2019 wurden schon im Budget 2017 übertroffen.

Schule: Es ergibt sich netto eine Kostensteigerung von 14 Millionen Franken über die ganze Periode, und die Nettokosten summieren sich im Jahr 2020 auf 246 Millionen Franken. Die Steigerung beruht auf der wachsenden Anzahl Schulkinder. Daher verteilt sich die Kostensteigerung auf die Volks- und Sonderschule. Die anderen Bereiche verzeichnen hingegen einen leichten Kostenrückgang. Im Jahr 2018 betragen die Kostenüberwälzungen von «Lü 16» knappe 600 000 Franken und im Jahr 2019 sogar 1,3 Millionen Franken, hauptsächlich aufgrund der Kommunalisierung der Schulleitungen.

Das Wachstum der Anzahl Schulkinder hat sich gegenüber dem letzten IAFP noch akzentuiert, und es gibt nicht vorhersehbare Kostenüberwälzungen durch «Lü 16» von 1,3 Millionen Franken, daher übersteigen die Kosten im Jahr 2019 die letztjährige Schätzung um circa 3 Millionen Franken.

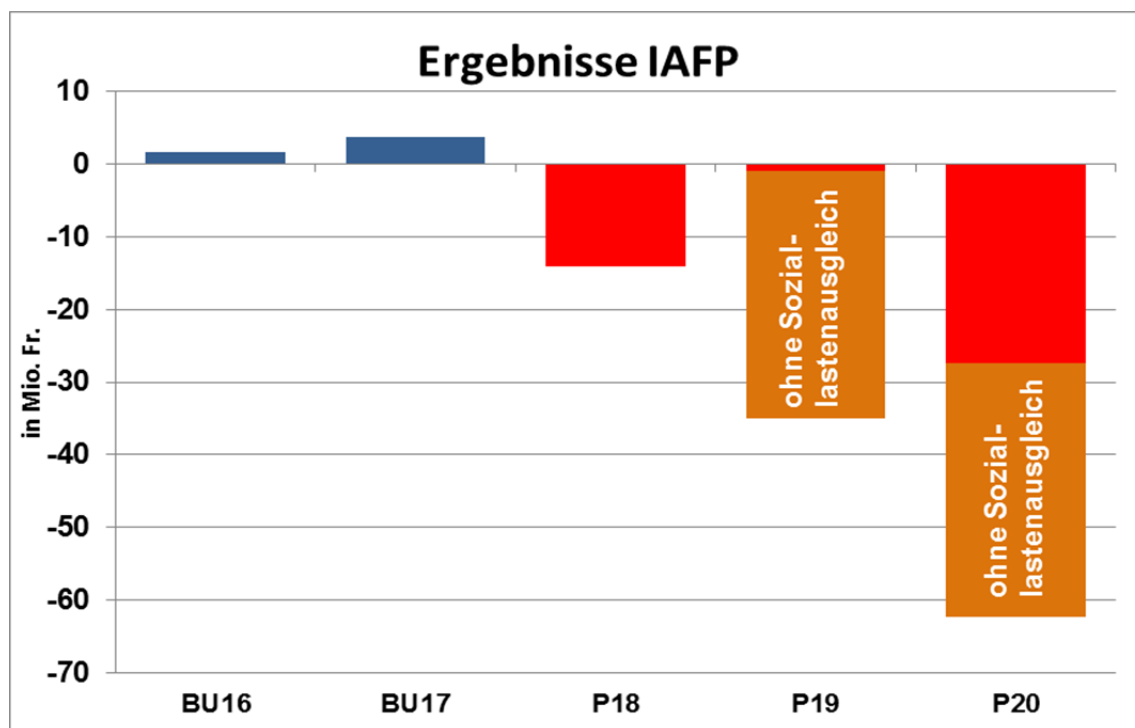
Sport: Die Kosten für den Sport sollen bis ins Jahr 2020 um 571 000 Franken sinken und somit noch 12,9 Millionen Franken betragen, was durch tiefere Abschreibungskosten und kalkulatorische Zinsen bedingt ist.

Im Vergleich zum vorhergehenden IAFP sind die Kosten für den Sport um knapp 0,5 Millionen Franken gesunken.

Öffentlicher Verkehr: Die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs erhält wegen «Lü 16» einen starken Kostenschub. Bis ins Jahr 2020 steigt der Aufwand um ein Drittel auf 20,4 Millionen Franken. Von dieser Ausgabensteigerung von 5,2 Millionen Franken entfallen 60 Prozent auf «Lü 16» und der Rest auf die übliche Kostenentwicklung.

Der IAFP des letzten Jahres ging im Jahr 2019 noch von 16,9 Millionen Franken aus, was 3,4 Millionen Franken unter der aktuellen Schätzung liegt. Diese Abweichung entspricht der Kostenüberwälzung durch «Lü 16».

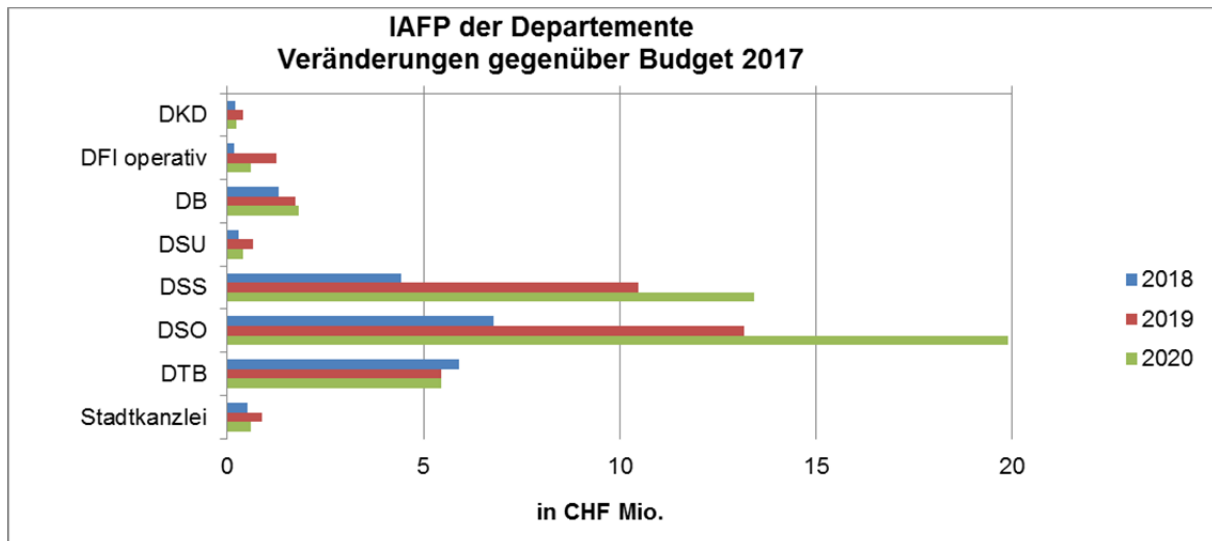
Zusammengefasst führen diese wesentlichen Veränderungen zu folgenden Ergebnissen im IAFP 2018 bis 2020:



Der **IAFP 2018** hat sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund verschiedener Ursachen verschlechtert: Die Pflegefinanzierung für Private erhöht sich markant, «Lü 16» verschlechtert den IAFP 2018 um 5,3 Millionen Franken, das Wachstum in der Schule ist grösser als angenommen, der Bau hat zu optimistisch geplant, der Sanierungsaufwand für die Immobilien vergrössert sich und die Buchgewinne nehmen ab.

Beim **IAFP 2019** erhöhen sich die Auswirkungen von «Lü 16» auf 11 Millionen Franken. Da jedoch aufgrund der Aktualisierung der Berechnung der angestrebte Soziallastenausgleich um knapp 8 Millionen Franken erhöht und die Steuerausfälle der «USR III» auf das Planjahr 2020 verschoben wurden, gibt es in diesem Planjahr keine grossen Verschiebungen, falls der Soziallastenausgleich tatsächlich in der anvisierten Höhe erzielt werden kann.

Der negative Ergebnissprung beim **IAFP 2020** ergibt sich vor allem aus dem Steuerausfall der «USR III», welcher mit rund 20 Millionen Franken zu Buche schlägt. Im Weiteren ergeben sich Mehrkosten bei den Soziallasten, der Pflegefinanzierung und der Volksschule.



Die erwarteten Entwicklungen in den einzelnen Departementen und ihren Bereichen sind im Teil A, die detaillierten Begründungen im Teil B des Budgets enthalten.

6. Investitionsplanung 2017 bis 2020

a) Allgemeines Verwaltungsvermögen

Durch die Aufnahme neuer Projekte und Projektverschiebungen hat sich die Investitionsplanung im Jahre 2017 um 8,9 Millionen Franken, im Jahre 2018 um 13,9 Millionen Franken und im Jahre 2019 um 0,1 Millionen Franken erhöht. Die wesentlichen Ursachen sind neue Projekte sowie Projektvorverschiebungen und -verzögerungen im Department Schule und Sport.

Stadt Winterthur in Mio. Franken	2017	2018	2019	2020
Investitionsplan 2017 - 20	70,4	72,7	67,8	62,2
Investitionsplan 2016 - 19	61,5	58,8	67,7	
Differenz zum Vorjahr	8,9	13,9	0,1	

Nachfolgend werden die Abweichungen des Investitionsplans 2017-2020 zum Vorjahresinvestitionsplan (2016-2019) aufgezeigt. Zusätzlich werden alle grösseren Projekte aufgelistet, die im Programm 2017 mit einem Volumen von mehr als einer Million Franken eingestellt sind:

Departement Kulturelles und Dienste in Mio. Franken	2017	2018	2019	2020
Investitionsplan 2017 - 20	3,1	2,7	1,9	1,3
Investitionsplan 2016 - 19	3,0	1,1	1,6	
Differenz zum Vorjahr	0,1	1,6	0,3	

Departement Finanzen in Mio. Franken	2017	2018	2019	2020
Investitionsplan 2017 - 20	4,8	9,8	2,8	2,0
Investitionsplan 2016 - 19	2,2	9,1	3,3	
Differenz zum Vorjahr	2,6	0,7	-0,5	

Departement Bau in Mio. Franken	2017	2018	2019	2020
Investitionsplan 2017 - 20	11,7	14,3	12,6	10,4
Investitionsplan 2016 - 19	13,5	13,9	12,1	
Differenz zum Vorjahr	-1,8	0,4	0,5	

11334 Masterplan Bahnhof: Rahmenkredit (11334) 2,1 Mio.

Departement Sicherheit und Umwelt in Mio. Franken	2017	2018	2019	2020
Investitionsplan 2017 - 20	4,1	5,3	21,2	21,3
Investitionsplan 2016 - 19	7,6	7,0	22,8	
Differenz zum Vorjahr	-3,5	-1,7	-1,6	

12833 Neues Polizeigebäude 2,5 Mio.

Departement Schule und Sport

in Mio. Franken

	2017	2018	2019	2020
Investitionsplan 2017 - 20	35,2	33,1	27,1	25,0
Investitionsplan 2016 - 19	27,7	25,2	25,7	
Differenz zum Vorjahr	7,5	7,9	1,4	

12080	SH Laubegg: Erweiterung 2017 (neues Projekt)			2,0 Mio.
12680	SH Neuhegi: Neubau und Turnhalle			11,4 Mio.
12883	SH Wallrüti: Ersatzneubau (Vorverschiebung)			1,9 Mio.
12978	SH Mattenbach: Sanierung			1,5 Mio.
12980	SH Wülflingerstrasse Sanierung Schulhaus & Sporttrakt			1,8 Mio.
13060	SH Hohfurri: Sanierung			2,0 Mio.
13124	ICT-Primar (Projektverzögerung)			1,1 Mio.
13191	SH Bühlwiesen: Neubau Pavillon (neues Projekt)			2,4 Mio.
12810	Sportplatz Deutweg: Sanierung Tribünengebäude			1,3 Mio.
13187	Eulachhalle Dachsanierung (neues Projekt)			1,3 Mio.

Departement Soziales

in Mio. Franken

	2017	2018	2019	2020
Investitionsplan 2017 - 20	0,6	0,9	0	0
Investitionsplan 2016 - 19	1,3	0,0	0	
Differenz zum Vorjahr	-0,7	0,9	0	

Departement Technische Betriebe

in Mio. Franken

	2017	2018	2019	2020
Investitionsplan 2017 - 20	7,1	3,5	1,1	1,1
Investitionsplan 2016 - 19	3,2	1,6	1,2	
Differenz zum Vorjahr	3,9	1,9	-0,1	

12897	Sicherung Ruine Alt Wülflingen			1,7 Mio.
-------	--------------------------------	--	--	----------

Behörden und Stadtkanzlei

in Mio. Franken

	2017	2018	2019	2020
Investitionsplan 2017 - 20	3,8	3,2	1,2	1,0
Investitionsplan 2016 - 19	3,0	1,0	1,0	
Differenz zum Vorjahr	0,8	2,2	0,2	

19278	Erweiterung Archivmagazin (Erhöhung Investitionsausgaben)			1,9 Mio.
-------	---	--	--	----------

b) Verwaltungsvermögen der Eigenwirtschaftsbetriebe

Verwaltungsvermögen der Eigenwirtschaftsbetriebe in Mio. Franken	2017	2018	2019	2020
Tiefbau	7,0	3,0	0,9	0,6
Entsorgung	30,5	32,0	21,7	15,6
Parkhäuser und Parkplätze	0,0	0,1	1,4	0,0
Alterszentren	3,4	4,5	4,0	7,6
Stadtwerk Winterthur	70,6	74,4	63,7	55,5
Stadtbus Winterthur	10,5	12,2	16,6	6,4
Total	122,1	126,2	108,3	85,7

Das Investitionsvolumen der Eigenwirtschaftsbetriebe ist ab Planjahr 2019 rückläufig. Dies hauptsächlich aufgrund des Rückgangs an der Beteiligung erneuerbarer Stromproduktion ab 2017, der Fertigstellung des Entlastungskanal Technikumstrasse und des Regenbeckens Schützenwiese sowie der Tössquerung Wässerwiesen bis Hardgutstrasse. Des Weiteren sinken die Investitionsausgaben bei Stadtwerk durch die Fertigstellung der Umnutzung der Liegenschaft Schöntal und den Rückgang der Investitionsausgaben beim Projekt «Fiber to the home». Demgegenüber stehen höhere geplante Investitionsausgaben durch die Ausführung des Projekts «Saure Aschenwäsche/Filterasche». Zusätzlich höhere Investitionsausgaben sind für die Umsetzung des Erweiterungsneubaus Adlergarten geplant.

In der untenstehenden Aufzählung sind alle grösseren Projekte enthalten, die im Programm 2017 mit einem Volumen von mehr als einer Million Franken eingestellt sind:

Tiefbau

20430	Werkhof Tiefbau Obermühlestr., Gebäudeumbau	6,0 Mio.
-------	---	----------

Entsorgung

20327	Entlastung Kanal Technikumstr./Regenbecken Schützenwiese	9,0 Mio.
20363	Regenbecken Talacker inkl. Zulaufkanäle: Neubau	2,2 Mio.
20476	Tössquerung Wässerwiesen bis Hardgutstrasse	2,3 Mio.
20667	Turner-/Bank-/Museumstrasse, Kanalumlegung	1,1 Mio.

Stadtwerk

20244	Sanierung Faulraum 2	1,6 Mio.
20307	Ersatz Fernwärmesystem Elektrizität	1,3 Mio.
20333	Umnutzung Liegenschaft Schöntal	3,0 Mio.
20419	Beteiligung erneuerbare Stromproduktion: Rahmenkredit	1,0 Mio.
20437	Fiber to the home, Glasfasernetz-Rollout	6,4 Mio.
20479	Abwasserreinigungsanlage Aufhebung SVA, Energieversorgung ARA Hard 2015	1,3 Mio.
20611	Contracting-Anlagen: 7. Tranche Rahmenkredit	14,3 Mio.
20683	Beteiligung ZAV Recycling AG	1,0 Mio.

Stadtbus

20383	2 Gelenktrolleybusse, Angebotserweiterung 2013-14	2,2 Mio.
20439	Ersatz GAB Citaro	1,3 Mio.
20461	Oberleitungssanierung	1,4 Mio.
20463	3 Hybrid-Gelenkautobusse	1,8 Mio.
20647	5 Niederflrbusse 3-Türer	1,6 Mio.

c) Finanzvermögen

Finanzvermögen in Mio. Franken	2017	2018	2019	2020
Stadt Winterthur	20,3	10,8	4,3	5,4

Die Fertigstellung der Sanierung und Umnutzung zu Wohnzwecken der Liegenschaft Ackeretstrasse 17 sowie die reduzierten Investitionsbeträge für Gesamtsanierungen der Wohn- und Geschäftshäuser führen zu einem tieferen Investitionsvolumen ab dem Planjahr 2018.

In der nachfolgenden Aufzählung sind alle grösseren Projekte enthalten, die im Programm 2017 mit einem Volumen von mehr als einer Million Franken eingestellt sind:

30047	Altlastenentsorgung entlang der Frauenfelderstrasse	2,0 Mio.
33057	Hegifeldstrasse 76: Gesamtsanierung	8,8 Mio.
33085	Ackeretstrasse 17: Sanierung/Umnutzung Wohnen	2,2 Mio.
33089	Wülflingerstrasse 261-263: Neuüberbauung Frohsinnareal	1,6 Mio.

7. Zusammenfassung und Fazit

Insgesamt kann erfreut festgehalten werden, dass der Stadtrat in denjenigen Bereichen, in welchen er die Kosten direkt beeinflussen kann, seine «Hausaufgaben» erfolgreich gemacht hat: die beiden grossen Sanierungsprogramme «effort 14+» und «Balance» haben den städtischen Haushalt massiv entlastet. Zudem zeigen verschiedene Benchmarks, dass die städtische Verwaltung ihre Leistungen effizient erbringt.

Ernüchternd ist jedoch, dass diese Einsparungen nicht nur durch das Kostenwachstum in den nicht oder kaum beeinflussbaren Bereichen Bildung, Soziallasten sowie Pflegefinanzierung von jährlich rund 11,3 Millionen Franken fortlaufend weggefressen werden, sondern dass sich der Kanton im Rahmen von «Lü 16» – einmal mehr – mitunter zulasten der Gemeinden saniert. Mit der «USR III» sowie der innerkantonalen Verlustverrechnung bei den Grundstückgewinnsteuern führen weitere Gesetzesänderungen von Bund und Kanton zu massiven Verlusten bei den Steuereinnahmen. Diese erhöhen die Einnahmenverluste, welche durch Gesetzesänderungen und Steuerfussenkungen in der Höhe von rund 60 Millionen Franken in den vergangenen Jahren bereits entstanden sind (Stand 2014), zusätzlich.

Allein die schiere Grössenordnung der zusätzlichen Aufwände resp. des Minderertrages bei den Steuern zeigt auf, dass es für die Stadt ein Ding der Unmöglichkeit ist, die im IAFP aufgezeigte Verschlechterung der finanzielle Situation trotz aller Bemühungen alleine stemmen zu können. Eine faire Regelung der Verteilung der Soziallasten ist somit für die Stadt unabdingbar. Zudem hat der Stadtrat zuhanden des Städteverbandes die Empfehlung abgegeben, die Nein-Parole zur «USR III» zu beschliessen und setzt sich beim Kanton dafür ein, dass im Falle einer Annahme der Vorlage die Ausfälle der Gemeinden durch den Kanton so weit wie möglich kompensiert werden.

Der Investitionsbedarf insbesondere im Bereich der Schule sowie der anstehende Bau des Polizeigebäudes führen dazu, dass der anvisierte Investitions-Plafond überschritten wird. Als Folge davon steigt die bereits sehr hohe Verschuldung der Stadt weiter an. Verhindert werden kann dies nur durch entsprechende Ertragsüberschüsse in der Erfolgsrechnung. Im jetzigen Zeitpunkt muss jedoch davon ausgegangen werden, dass dieses Ziel nicht erreicht werden kann. Somit finanzieren wir unseren heutigen Konsum weiterhin nicht vollständig, sondern erhöhen den Schuldenberg zulasten künftiger Generationen. Dies mag in der derzeitigen Tiefzinsphase zwar als vertretbar erscheinen; müssen diese Schulden jedoch später zu einem höheren Zinssatz refinanziert werden, führt dies zu massiven Mehrkosten. So würde alleine die Finanzierung der heutigen Schulden zum Zinssatz aus dem Jahr 2000 von 5 Prozent zu höheren Zinskosten von 35 Millionen Franken führen, was rund 13 Steuerfussprozenten entspricht. Nur schon diese Zahl zeigt auf, dass nicht den Grundsätzen einer nachhaltigen Finanzpolitik nachgelebt wird. Das in finanzpolitischer Hinsicht derzeit wichtigste Projekt ist deshalb die Einführung einer griffigen Schuldenbremse. Diese führt dazu, dass Leistungen finanziert werden, und zwar unabhängig davon, ob sie die Stadt freiwillig erbringt, ob sie aufgrund des Wachstums bei den genannten Kostentreibern oder wegen der geänderten Gesetzgebung von Bund und Kanton verursacht werden.

Winterthur ist eine Stadt mit hoher Lebensqualität – dies wurde durch den dritten Platz im Städteranking der Zeitschrift «Bilanz» bestätigt. Auch bezüglich Steuern ist Winterthur im Vergleich mit den zehn grössten Schweizer Städten absolut wettbewerbsfähig. Bei der Steuerbelastung einer Familie mit zwei Kindern und einem Bruttoarbeitseinkommens (Kantons-, Gemeinde- und Kirchensteuer) von 150 000 Franken liegt Winterthur hinter Zürich und Lugano auf dem dritten Platz⁷, beim Einkommen einer ledigen Person von 500 000 Franken hinter Luzern, Zürich und Lugano auf dem vierten Platz.

⁷ Quelle: Tages-Anzeiger / eidg. Steuerverwaltung

Der Stadtrat wird unter anderem auch mit einer umsichtigen Finanzpolitik dazu beitragen, dass Winterthur ein attraktiver Standort sowohl für die Bevölkerung als auch für Unternehmen bleibt.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist der Vorsteherin des Departements Finanzen übertragen bzw. für die einzelnen Departemente den jeweiligen Departementsvorstehenden.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

M. Künzle

Der Stadtschreiber:

A. Simon

Beilagen:

- Übersicht Stellenplanveränderungen
- Budget Teil A (Übersichten Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, funktionale Gliederung und Anhänge)
- Budget Teil B (Globalbudgets)

Budget 2017, Übersicht Stellenplanveränderungen

Refinanzierung:

Die Departemente zeigen auf, wie viele der zusätzlich budgetierten Stellen voll- oder teilrefinanziert sind. Von refinanzierten Stellen wird grundsätzlich gesprochen, wenn diese vollumfänglich oder mindestens zur Hälfte (50%) über Gebühren, über die Generierung zusätzlicher Einnahmen oder Verminderung von Ausgaben finanziert oder von Dritten wie z.B. Kanton/Bund abgegolten werden.

Die Spalte "Abweichung" weist die Differenz zwischen Stellenvermehrungen und Stellenverminderungen pro Departement aus. Da sich die Spalte "davon refinanziert" lediglich auf die geplanten Stellenvermehrungen pro Departement bezieht, kann der Anteil refinanzierter Stellen höher ausfallen als die Stellenplandifferenz.

Budget 2017, Übersicht Stellenplanveränderungen

Departement	BU 2016	BU 2017	Abweichung	Davon Refinanziert
1 - Kulturelles und Dienste	195.53	195.93	0.40	2.30
2 - Finanzen	176.70	179.27	2.57	1.00
3 - Bau	285.60	284.00	-1.60	0.00
4 - Sicherheit und Umwelt	369.12	380.73	11.61	0.00
5 - Schule und Sport	464.81	470.54	5.73	2.60
6 - Soziales	924.09	939.18	15.09	5.29
7 - Technische Betriebe	747.00	750.40	3.40	3.50
8 - Behörden und Stadtkanzlei	15.35	16.35	1.00	0.00
Total	3'178.20	3'216.40	38.20	14.69

Budget 2017, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2016	BU 2017	Abweich.	Refinanziert	Begründung
1	Kulturelles und Dienste			Im Departement 1 ergibt sich über alle Produktgruppen eine Differenz von + 0.4 Stellen im Vergleich zum Budget 2016. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von 3.96 Stellen in folgenden Bereichen: - 1.8 Stellen in der Produktgruppe 155 (Bibliotheken) - 1.16 Stellen in der Produktgruppe 160 (Städtische Bauten) - 1.0 Stellen in der Produktgruppe 192 (Departementssekretariat) Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von 4.36 Stellen (0.9 davon refinanziert) in folgenden Bereichen: + 1.0 Stellen in der Produktgruppe 121 (Personalamt) + 0.9 Stellen in der Produktgruppe 142 (Stadtentwicklung) + 1.06 Stellen in der Produktgruppe 158 (Städtische Museen) + 1.4 Stellen in der Produktgruppe 170 (Rechtspflege) In den Produktgruppen 152, 157, 159, ergeben sich keine Änderungen.
121000	Personalamt			
13.05	14.05	1.00	0.00	In der Produktgruppe 121 ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 1.0 Stellen im Vergleich zum Budget 2016. Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von 1.0 Stellen in folgendem Bereich: + 1.0 Stellen Fachmitarbeiter/in für die Umsetzung des Personalentwicklungskonzepts
142000	Stadtentwicklung			

Budget 2017, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2016	BU 2017	Abweich.	Refinanziert	Begründung
11.55	12.45	0.90	0.90	In der Produktgruppe 142 ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 0.9 Stellen im Vergleich zum Budget 2016. Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von 0.9 Stellen in folgenden Bereichen: + 0.2 Stellen Leiter/in Fachstelle Statistik aufgrund gestiegener Nachfrage an Grundlagenarbeit für Wohnungspolitik und Sozialmonitoring sowie umfangreicheren parlamentarische Zielvorgaben + 0.1 Stellen Integrationsdelegierte/r aufgrund erhöhten Bedarfs an fachlicher Beratung für kooperative Verfahren und Projekte, Vernetzungsaufgaben und individueller Beratung nach der Stellenreduktion 2015 (vollständig durch zusätzliche Bundesbeiträge refinanziert) + 0.5 Stellen Sekretariat Integrationsförderung zur Entlastung des Integrationsdelegierten, der Beratungsstelle und der interkulturellen Kommunikation (vollständig durch zusätzliche Bundesbeiträge refinanziert) + 0.1 Stellen Mitarbeiter/in Interkulturelle Kommunikation aufgrund gestiegener Nachfrage an Vermittlung (vollständig durch entsprechende Mehreinnahmen - Verrechnung der Vermittlungen, Bundesbeiträge - gedeckt)
152000 Theater Winterthur				
26.83	26.83	0.00	0.00	In der Produktgruppe 152 ergibt sich gesamthaft keine Veränderung im Vergleich zum Budget 2016.
155000 Winterthurer Bibliotheken				
49.46	47.66	-1.80	0.00	In der Produktgruppe 155 ergibt sich gesamthaft eine Differenz von - 1.8 Stellen im Vergleich zum Budget 2016. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von - 1.8 Stellen in folgenden Bereichen: - 0.5 Stellen Technische/r Bibliothekar/in aufgrund der Umsetzung von Balance-Massnahmen - 1.0 Stellen Technische/r Bibliothekar/in aufgrund der Umsetzung von Balance-Massnahmen - 0.3 Stellen Bibliotheksmitarbeiter/in aufgrund der Umsetzung von Balance-Massnahmen
157000 Subventionsverträge				
10.68	10.68	0.00	0.00	In der Produktgruppe 157 ergibt sich gesamthaft keine Veränderung im Vergleich zum Budget 2016.
158000 Städtische Museen				

Budget 2017, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2016	BU 2017	Abweich.	Refinanziert	Begründung
28.93	29.99	1.06	0.00	In der Produktgruppe 158 ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 1.06 Stellen im Vergleich zum Budget 2016.
				Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von 1.16 Stellen in folgenden Bereichen: + 1.16 Stellen Aufsicht Naturmuseum aufgrund einer Organisationsanpassung (übernommen von der Vorkostenstelle "Bauten") Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von 0.1 Stellen in folgendem Bereich: - 0.1 Stellen Stv. Hauswart/in Schlösser Hegi/Mörsburg aufgrund der Umsetzung von Balance-Massnahmen
159000 Bereichsleitung Kultur				
4.30	4.30	0.00	0.00	In der Produktgruppe 159 ergibt sich gesamthaft keine Veränderung im Vergleich zum Budget 2016.
160000 Städtische Bauten				
13.51	12.35	-1.16	0.00	In der Vorkostenstelle "Bauten" ergibt sich gesamthaft eine Differenz von - 1.16 Stellen im Vergleich zum Budget 2016.
				Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von 1.16 Stellen in folgendem Bereich: - 1.16 Stellen Aufsicht Kindermuseum. Diese Stellen werden 2017 zur Kostenstelle des Naturmuseums überführt.
170000 Rechtspflege				
31.22	32.62	1.40	1.40	In der Produktgruppe 170 ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 1.4 Stellen im Vergleich zum Budget 2016.
				Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 1.4 Stellen in folgenden Bereichen: + 1.0 Stellen Pfändungsbeamte/in (Springer/in zwischen den drei Betreibungsämtern), um die seit Jahren massiv gestiegenen Geschäftsfälle bewältigen zu können (gemäss Auflage der Aufsichtsbehörden an den SR). + 0.4 Stellen Reinigung. Zwei seit vielen Jahren bestehende Anstellungen im Stundenlohn mit jeweils ca. 20%-Pensum und regelmässig sehr hohen Mehrzeitauszahlungen werden mit 2 x 20% an den langjährigen Mehraufwand angepasst.

Budget 2017, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2016	BU 2017	Abweich.	Refinanziert	Begründung
192000	Departementssekretariat KD			
6.00	5.00	-1.00	0.00	In der Produktgruppe 192 ergibt sich gesamthaft eine Differenz von - 1.0 Stellen im Vergleich zum Budget 2016. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von - 1.0 Stellen in folgendem Bereich: - 1.0 Stellen Fachstelle Projektportfolio-Controlling - werden verschoben zur Stadtkanzlei
195.53	195.93	0.40	2.30	

Budget 2017, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2016	BU 2017	Abweich.	Refinanziert	Begründung
2	Finanzen			Im Departement Finanzen ergibt sich über alle Produktgruppen eine Differenz von +2.57 Stellen im Vergleich zum Budget 2016. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von - 2.03 Stellen in folgenden Bereichen: - 1.76 Stellen in der Produktgruppe Immobilien - 0.27 Stellen im Departementssekretariat Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 4.6 Stellen in folgenden Bereichen: + 2.6 Stellen in der Produktgruppe Informatikdienste (Parallelbetrieb Portal und Sicherstellung eines umfassenden Netzbetriebs) + 2 Stellen in der Produktgruppe Steuerbezug (Erhöhte Komplexität bei Grundsteuern und Erhöhung des Scan Volumens [refinanziert])
221000	Finanzamt			
14.40	14.40	0.00	0.00	keine Bemerkungen
222000	Informatikdienste			
55.78	58.38	2.60	0.00	In der Produktgruppe Informatikdienste der Stadt Winterthur ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 2.6 Stellen im Vergleich zum Budget 2016. Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 2.6 Stellen in folgenden Bereichen: + 1.6 Stellen auf Grund des Parallelbetriebs des Portals + 1 Stelle Netzwerkspezialist zur Sicherstellung des umfassenden Netzbetriebs, der erhöhten Sicherheitsanforderungen und der Pikettstellung
233000	Steuerbezug			

Budget 2017, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2016	BU 2017	Abweich.	Refinanziert	Begründung
60.90	62.90	2.00	1.00	Im Steueramt ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 2 Stellen im Vergleich zum Budget 2016. Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von +2 Stellen in folgendem Bereich: + 1 Stelle im Bereich Rechtsdienst insbesondere mit Schwergewicht Grundstücksgewinnsteuerfälle (die zunehmende Komplexität erfordert eine juristische Verstärkung) + 1 Stelle im Bereich Scan Center und Logistik aufgrund einer Erhöhung des Scan Volumens (entsprechend der Zunahme der steuerpflichtigen Personen in Winterthur und den 111 Kundengemeinden: refinanziert)
240000 Immobilien				
40.12	38.36	-1.76	0.00	Im Bereich Immobilien ergibt sich gesamthaft eine Differenz von -1.76 Stellen im Vergleich zum Budget 2016. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von - 1.76 Stellen in folgenden Bereichen: - 0.5 Stellen wegen Ende befristete Projektstelle «Abschluss Fokus» - 0.4 Stellen durch Auflösung einer Sozialstelle (per 31.1.2017) - 0.07 Stellen an der Zinzikerstrasse 24 (HW nebenamtl.) - Reinigung durch Dritte - 0.23 Stellen an der MA20/Sta57 (HW Stv.) - Auflösung Vakanz - 0.56 Stellen an der MA20/Sta57 (HW Partner/in) - Auflösung Vakanz
291000 Departementssekretariat Finanzen				
5.50	5.23	-0.27	0.00	Im Departementssekretariat Finanzen ergibt sich gesamthaft eine Differenz von - 0.27 Stellen im Vergleich zum Budget 2016. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von - 0.27 Stellen in folgenden Bereichen: - 0.27 Stellen Projektleitung Balance - Aufhebung der Stelle per Ende August 2017.
176.70	179.27	2.57	1.00	

Budget 2017, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2016	BU 2017	Abweich.	Refinanziert	Begründung
3	Bau			Im Departement Bau ergibt sich über alle Produktgruppe eine Differenz von - 1.60 Stellen im Vergleich zum Budget 2016. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von - 1.60 Stellen in folgenden Bereichen: Stellenreduktion: - 1.30 Stellen in der Produktgruppe Baupolizei - 0.30 Stellen in der Produktgruppe Amt für Städtebau Stellenaufbau: Es erfolgt kein Aufbau von Stellen im Departement Bau.
322000	Tiefbau			
122.70	122.70	0.00	0.00	In der Produktgruppe Tiefbau ergibt sich keine Veränderung im Vergleich zum Budget 2016.
328000	Entsorgung			
72.15	72.15	0.00	0.00	In der Produktgruppe Entsorgung ergibt sich keine Veränderung im Vergleich zum Budget 2016.
340000	Vermessungsamt			
15.30	15.30	0.00	0.00	In der Produktgruppe Vermessung ergibt sich keine Veränderung im Vergleich zum Budget 2016.
350000	Baupolizei			
32.50	31.20	-1.30	0.00	In der Produktgruppe Baupolizeiamt ergibt sich gesamthaft eine Differenz von - 1.30 Stellen im Vergleich zum Budget 2016. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von -1.30 Stellen in folgenden Bereichen: - 0.60 Stellen Sachbearbeitung (Balance) - 0.70 Stellen Projektleitung Fachstelle Energie (Balance) Stellenaufbau: Es erfolgt kein Aufbau von Stellen in der Produktgruppe Baupolizeiamt.
360000	Amt für Städtebau			

Budget 2017, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2016	BU 2017	Abweich.	Refinanziert	Begründung
36.55	36.25	-0.30	0.00	In der Produktgruppe Amt für Städtebau ergibt sich eine Differenz von - 0.30 Stellen im Vergleich zum Budget 2016.
				Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von - 0.30 Stellen in folgendem Bereich: - 0.30 in der Projektleitung aufgrund Reduktion Bauvorhaben infolge Balance Stellenaufbau: Es erfolgt kein Aufbau von Stellen in der Produktgruppe Amt für Städtebau.
391000	Departementssekretariat Bau			
6.40	6.40	0.00	0.00	Im Departementssekretariat ergibt sich keine Veränderung im Vergleich zum Budget 2016.
285.60	284.00	-1.60	0.00	

Budget 2017, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2016	BU 2017	Abweich.	Refinanziert	Begründung
4	Sicherheit und Umwelt			Im Departement Sicherheit und Umwelt ergibt sich über alle Produktgruppen eine Differenz von + 11.61 Stellen im Vergleich zum Budget 2016. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von insgesamt - 1.0 Stellen in folgenden Produktgruppen: - 1.00 Stellen in der Produktgruppe Lebensmittelsinspektorat Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von insgesamt + 12.61 Stellen in folgenden Produktgruppen: + 11.5 Stellen in der Produktgruppe Stadtpolizei + 0.01 Stellen in der Produktgruppe Lebensmittelsinspektorat + 1.00 Stellen in der Produktgruppe Melde- und Zivilstandswesen + 0.10 Stellen in der Produktgruppe Departementssekretariat SU
411000	Stadtrichteramt			
7.40	7.40	0.00	0.00	In der Produktgruppe Stadtrichteramt ergibt sich gesamthaft keine Veränderung im Vergleich zum Budget 2016. Stellenreduktion: Es erfolgt kein Abbau. Stellenaufbau: Es erfolgt kein Aufbau.
424000	Stadtpolizei			
238.50	250.00	11.50	0.00	In der Produktgruppe Stadtpolizei ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 11.50 im Vergleich zum Budget 2016. + 10.50 Stellen Aufstockung des Polizeikorps gemäss GGR-Beschluss + 1.00 Stelle Kommandounterstützung
425000	Parkplätze und Parkhäuser			

Budget 2017, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2016	BU 2017	Abweich.	Refinanziert	Begründung
4.50	4.50	0.00	0.00	In der Produktgruppe Parkplätze und Parkhäuser ergibt sich gesamthaft keine Veränderung im Vergleich zum Budget 2016. Stellenreduktion: Es erfolgt kein Abbau. Stellenaufbau: Es erfolgt kein Aufbau.
426000	Lebensmittelinspektorat			
11.41	10.42	-0.99	0.00	In der Produktgruppe Lebensmittelinspektorat ergibt sich gesamthaft eine Differenz von - 0.99 Stellen im Vergleich zum Budget 2016. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von - 1.00 Stellen in folgendem Bereich: - 1.00 Stellen Lebensmittelkontrolleur/in wegen Abnahme der Kontrollfrequenz (Änderung Lebensmittelgesetz). Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 0.01 Stellen in folgendem Bereich: + 0.01 Stellen Pilzkontrolle (Rundungsdifferenz Kleinstpensum)
460000	Melde- und Zivilstandswesen			
28.10	29.10	1.00	0.00	In der Produktgruppe Melde- und Zivilstandswesen ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 1.00 Stellen im Vergleich zum Budget 2016. Stellenreduktion: Es erfolgt kein Abbau. Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 1.00 Stellen in folgendem Bereich: + 1.00 Stellen Bereich Zivilstandsamt, die Doppelfunktion des Bereichsleiters M+Z wird aufgrund der Arbeitsbelastung entflechtet (Bereichsleitung und Hauptabteilungsleiter Zivilstandsamt).
470000	Schutz & Intervention Winterthur			

Budget 2017, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2016	BU 2017	Abweich.	Refinanziert	Begründung
64.76	64.76	0.00	0.00	In der Produktgruppe Schutz & Intervention ergibt sich gesamthaft keine Veränderung im Vergleich zum Budget 2016. Stellenreduktion: Es erfolgt kein Abbau. Stellenaufbau: Es erfolgt kein Aufbau.
480000	Umwelt- + Gesundheitsschutz			
9.75	9.75	0.00	0.00	In der Produktgruppe Umwelt- + Gesundheitsschutz ergibt sich gesamthaft keine Veränderung im Vergleich zum Budget 2016. Stellenreduktion: Es erfolgt kein Abbau. Stellenaufbau: Es erfolgt kein Stellenaufbau.
491000	Departementssekretariat SU			
4.70	4.80	0.10	0.00	In der Produktgruppe Departementssekretariat SU ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 0.10 Stellen im Vergleich zum Budget 2016. Stellenreduktion: Es erfolgt kein Abbau. Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 0.1 Stellen in folgendem Bereich: + 0.1 Stellen bei Juristische/r Fachmitarbeiter/in, aufgrund der gestiegenen juristischen Anfragen muss die Fachstelle verstärkt werden.
369.12	380.73	11.61	0.00	

Budget 2017, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2016	BU 2017	Abweich.	Refinanziert	Begründung
5	Schule und Sport			Der Stellenplan im Departement Schule und Sport nimmt insgesamt um 5.73 Stellen im Vergleich zum Budget 2016 zu. Diese Erhöhung ist vollumfänglich auf die Schulergänzende Betreuung zurückzuführen. Damit der Leistungsauftrag sichergestellt werden kann, müssen die Stellen im Rahmen des Ausbaus des Angebots erhöht werden, damit der Betreuungsschlüssel gemäss übergeordnetem Recht eingehalten werden kann. Von 5.73 Stellen sind 46 %, d. h. 2.6 Stellen, durch Elternbeiträge refinanziert. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von – 113.39 Stellen in folgenden Bereichen: - 109.83 Stellen in der Produktgruppe Volksschule - 2.85 Stellen in der Produktgruppe Familie und Jugend - 0.59 Stellen in der Produktgruppe Berufsbildung - 0.12 Stellen in der Produktgruppe Sportamt Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 119.12 Stellen in folgenden Bereichen: + 0.10 Stellen im Departementsstab + 9.95 Stellen in der Produktgruppe Volksschule + 0.90 Stellen in der Produktgruppe Sonderschulung + 108.17 Stellen in der Produktgruppe Familie und Jugend
511000	Departementsstab SS			
16.30	16.40	0.10	0.00	Im Departementsstab ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 0.10 Stellen im Vergleich zum Budget 2016. Diese Anpassung wurde bereits mit dem Novemberbrief 2016 (November 2015) begründet. Es handelt sich um eine interne Verschiebung innerhalb des Departements. Stellenaufbau: Es erfolgt ein Stellenaufbau von 0.10 Stellen im Departementsstab. + 0.10 Stellen, bewilligt mit Budget 2016
514000	Volksschule			

Budget 2017, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2016	BU 2017	Abweich.	Refinanziert	Begründung
308.73	208.85	-99.88	0.00	In der Produktgruppe Volksschule ergibt sich gesamthaft eine Differenz von - 99.88 Stellen im Vergleich zum Budget 2016. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von 109.83 Stellen in folgendem Bereich: - 101.38 Stellen Schullergänzende Betreuung (SchuBe), Verschiebung von PG2 zu PG5 - 2.42 Stellen Fachstelle Sonderpädagogik (Therapien); Übertrag in neue Funktionsbezeichnung Schulische Integration - 0.70 Stellen Schulpsychologischer Dienst (SPD) wegen interner Verschiebung (0.30) bzw. Streichung befrist. Stelle (0.40) - 0.30 Stellen Schulsozialarbeit (SSA) wegen interner Verschiebung (0.15) bzw. Rundungskorrekturen (0.15) - 0.43 Stellen Schulärztlicher Dienst (SAD) wegen Streichung Vakanz (0.33) bzw. Korrektur Vorjahr (0.10) - 4.60 Stellen Stab Bildung werden infolge Reorganisation Bereich Bildung intern verschoben zu "Stab Bildung (inkl. Schulentwicklung, Kanzlei, Admin. Schule) ab 1.1.17 Leitung Kanzlei" Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von 9.95 Stellen in folgendem Bereich: + 0.40 Stellen Aufstockung Schulbauten infolge erhöhtem Schulraumbedarf + 1.76 Stellen von Fachstelle Sonderpädagogik (Therapien); Übertrag in neue Funktion Schulische Integration (ab 1.1.17) + 6.95 Stellen von Stab Bildung infolge Reorganisation Bereich Bildung intern verschoben zu "Stab Bildung (inkl. Schulentwicklung, Kanzlei, Admin. Schule) ab 1.1.17 Leitung Kanzlei" + 0.84 Stellen Hauswartungen infolge: Übernahme Reinigung Schulzahnklinik und Meisenstrasse von MSW, Altersentlastungen und Verschiebung Turnhalle Büehlhofstrasse von Sonderschule zu Volksschule
522000	Einkauf und Logistik Winterthur			
7.50	7.50	0.00	0.00	In der Produktgruppe Einkauf und Logistik ergibt sich gesamthaft keine Differenz.
534000	Sonderschulung			
49.35	50.25	0.90	0.00	In der Produktgruppe Sonderschulung ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 0.90 Stellen im Vergleich zum Budget 2016. Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von +0.9 Stellen in folgendem Bereich: + 0.45 Stellen CPS von Kostenstelle 514052 (SI) zu Volksschule (Übertrag) + 0.45 Stellen HPS von Kostenstelle 514052 (SI) zu Volksschule (Übertrag)

Budget 2017, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2016	BU 2017	Abweich.	Refinanziert	Begründung
576000	Familie und Jugend			
23.05	128.37	105.32	2.60	In der Produktgruppe Familie und Jugend bzw. Familie und Betreuung ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 105.32 Stellen im Vergleich zum Budget 2016. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von 2.85 Stellen im Bereich: - 2.05 Stellen Balance Massnahme, Erwachsenenbildung - 0.80 Stellen Koordination Famu, interne Verschiebung Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 108.17 Stellen in folgenden Bereichen: + 101.38 Stellen Schulergänzende Betreuung (SchuBe), Verschiebung von PG2 zu PG5 (refinanziert zu 46 % = 46.60 Stellen) + 5.79 Stellen bei der Schulergänzenden Betreuung (SchuBe), um die Umsetzung des Leistungsauftrages sicherzustellen. Der Betreuungsschlüssel ist durch übergeordnetes Recht vorgegeben (refinanziert zu 46 % = 2.66 Stellen). + 0.90 Stellen Aufstockung neue pädagogische Leitung Kinder- und Jugendheim Oberwinterthur gem. SR. 15.1101-1; vollständig kantonally refinanziert (Verfügung Bildungsdirektion, dat. 23.03.2015) + 0.10 Stellen Subventionierung Betreuungseinrichtungen, Controlling der Steuerdaten der angemeldeten Familien. Datenabgleich mit Steueramt (refinanziert durch höhere Elternbeiträge).
580000	Berufsbildung			
20.87	20.28	-0.59	0.00	In der Produktgruppe Berufsbildung ergibt sich gesamthaft eine Differenz von - 0.59 Stellen im Vergleich zum Budget 2016. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von 0.59 Stellen in der Reinigung. 0.59 Stellen beinhalten die Auflösung einer Vakanz von 0.19 Stellen und die Übernahme der Einteilung des Reinigungsteams durch den Hauswart und somit eine Auflösung von 0.4 Stellen.
590000	Sportamt			
39.01	38.89	-0.12	0.00	In der Produktgruppe Sportamt ergibt sich gesamthaft eine Differenz von - 0.12 Stellen im Vergleich zum Budget 2016. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von 0.12 Stellen in folgendem Bereich: - 0.12 Reduktion infolge verschiedener Balance-Massnahmen

Budget 2017, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2016	BU 2017	Abweich.	Refinanziert	Begründung
---------	---------	----------	--------------	------------

464.81	470.54	5.73	2.60	
--------	--------	------	------	--

Budget 2017, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2016	BU 2017	Abweich.	Refinanziert	Begründung
6	Soziales			Im Departement ergibt sich über alle Produktgruppen eine Differenz von +15.09 Stellen im Vergleich zum Budget 2016. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von -11.91 Stellen in folgenden Bereichen: -3.00 Stellen in der Produktgruppe Sozial- und Erwachsenenhilfe -2.50 Stellen Bereichsleitung Soziale Dienste -3.02 Stellen im Eigenwirtschaftsbetrieb Spitex -3.39 Stellen im Eigenwirtschaftsbetrieb Alterszentren Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von +27.00 Stellen in folgenden Bereichen: +20.80 Stellen in der Produktgruppe Sozial- und Erwachsenenhilfe (davon 8.00 Stellen refinanziert) +2.30 Stellen in der Produktgruppe Prävention und Suchthilfe (davon 0.80 Stellen befristet bis Ende 2018) +0.20 Stellen Bereichsleitung Soziale Dienste +3.70 Stellen im Eigenwirtschaftsbetrieb Alterszentren
613000	Kindes- und Erwachsenenschutz			
43.00	43.00	0.00	0.00	In der Produktgruppe Kindes- und Erwachsenenschutz ergibt sich gesamthaft keine Veränderung im Vergleich zum Budget 2016.
621000	Sozial- und Erwachsenenhilfe			

Budget 2017, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2016	BU 2017	Abweich.	Refinanziert	Begründung
112.35	130.15	17.80	8.00	In der Produktgruppe Sozial- und Erwachsenenhilfe ergibt sich gesamthaft eine Differenz von +17.80 Stellen im Vergleich zum Budget 2016. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von -3.00 Stellen in folgendem Bereich: -3.00 Stellen Sozialberatung aufgrund Beendigung ZHAW-Projekt (Stellen waren befristet auf 2 Jahre) Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von +20.80 Stellen in folgenden Bereichen: +3.30 Stellen Asyl Sozialberatung (infolge Kontingenterhöhung) +8.00 Stellen Asyl 24h-Präsenz Kollektivunterkünfte (infolge Kontingenterhöhung), refinanziert über Tagespauschalen +3.00 Stellen Sozialberatung infolge erhöhter Falllast +1.00 Stellen Fachstelle Junge Erwachsene aufgrund Empfehlung Bericht Büro Bass +2.00 Stellen Sozialversicherung für erweiterte Kontrolltätigkeit aufgrund Empfehlung Büro Bass +1.00 Stellen Berufsbeistandschaft- und Betreuungsdienst infolge erhöhter Falllast +2.50 Stellenverschiebung der Empfangsmitarbeitenden von Bereichsleitung Soziale Dienste zu Sozialberatung
627000	Prävention und Suchthilfe			
37.85	40.15	2.30	0.00	In der Produktgruppe Prävention und Suchthilfe ergibt sich gesamthaft eine Differenz von +2.30 Stellen im Vergleich zum Budget 2016. Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von +2.30 Stellen in folgenden Bereichen: +1.50 Stellen in der Wohnbegleitung/Mietzinsabklärungen aufgrund Empfehlung Bericht Büro Bass +0.80 Stellen Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention (befristet bis Ende 2018)
629000	BL Soziale Dienste			

Budget 2017, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2016	BU 2017	Abweich.	Refinanziert	Begründung
15.55	13.25	-2.30	0.00	In der Bereichsleitung Soziale Dienste ergibt sich gesamthaft eine Differenz von -2.30 Stellen im Vergleich zum Budget 2016.
				Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von -2.50 Stellen in folgendem Bereich: -2.50 Stellenverschiebung der Empfangsmitarbeitenden aus der Bereichsleitung Soziale Dienste in die Sozialberatung Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von +0.20 Stellen in folgendem Bereich: +0.20 Stellen für die Fallkontrolle Sozialhilfe aufgrund höherer Falllast
638000 Spitem				
124.40	121.38	-3.02	-3.02	Im Eigenwirtschaftsbetrieb Spitem ergibt sich gesamthaft eine Differenz von -3.02 Stellen im Vergleich zum Budget 2016.
				Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von -3.02 Stellen in folgenden Bereichen: -2.67 Stellen Haushilfe aufgrund konstant abnehmender Nachfrage -0.15 Stellen Leitung und Administration infolge OE-Projekt
640000 Alterszentren				
509.04	509.35	0.31	0.31	Im Eigenwirtschaftsbetrieb Alterszentren ergibt sich gesamthaft eine Differenz von +0.31 Stellen im Vergleich zum Budget 2016.
				Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von -3.39 Stellen in folgendem Bereich: -3.39 Stellen Pflege und Betreuung aufgrund Anpassung an effektiven Pflegebedarf Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von +3.70 Stellen in folgenden Bereichen: +1.50 Stellen Aktivierung und Physiotherapie +1.10 Stellen Infrastruktur/Bewirtschaftung +1.10 Stellen Bereichsleitung (Portfoliomanager) und Zentrale Dienste (Controlling)
650000 Arbeitsintegration				
71.85	71.85	0.00	0.00	In der Produktgruppe Arbeitsintegration ergibt sich gesamthaft keine Veränderung im Vergleich zum Budget 2016.
691000 Departementssekretariat Soziales				

Budget 2017, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2016	BU 2017	Abweich.	Refinanziert	Begründung
10.05	10.05	0.00	0.00	Im Departementssekretariat ergibt sich gesamthaft keine Veränderung im Vergleich zum Budget 2016.
924.09	939.18	15.09	5.29	

Budget 2017, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2016 BU 2017 Abweich. Refinanziert Begründung

7	Technische Betriebe	Im Departement Technische Betriebe ergibt sich über alle Produktgruppen eine Differenz von + 3.40 im Vergleich zum Budget 2016. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von - 8.4 Stellen in folgenden Bereichen: - 6.3 Stellen bei Stadtwerk Winterthur - 2.0 Stellen bei Stadtbus Winterthur - 0.1 Stellen bei Stadtgrün Winterthur Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 11.8 Stellen in folgenden Bereichen: + 11.5 Stellen bei Stadtwerk Winterthur (erhöhter Bedarf, 100% refinanziert) + 0.3 Stellen bei Stadtbus Winterthur (erhöhter Bedarf bei der Angebotsplanung, 100 % refinanziert)		
----------	----------------------------	--	--	--

710000 Stadtwerk Winterthur

Budget 2017, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2016	BU 2017	Abweich.	Refinanziert	Begründung
363.83	369.03	5.20	5.20	In der Produktgruppe Stadtwerk Winterthur ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 5.2 Stellen im Vergleich zum Budget 2016. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von – 6.3 Stellen in folgenden Bereichen: - 1.2 kfm. Sachbearbeitung im Rechnungswesen und der Fakturierung wegen interner Verschiebung der Modulbetreuung CRM zum Vertrieb sowie aus Reorganisation im Rechnungswesen - 1.0 Stelle Verkaufs-MA ID im Backoffice für Aufbau Fachspezialist/in CRM-Modulverantwortung - 1.0 Projektleiter/in in der Projektierung Leitungsbau aufgrund Umwandlung zu Zeichner/Konstrukteur - 1.0 Zeichner/in/Konstrukteur/in in der Projektierung Gas Wasser wird nicht mehr benötigt - 1.0 Betriebsführer/in Fernheizwerk infolge Zusammenlegung der Führung KVA und Fernwärme - 1.0 Werkdienst-MA Schlammverbrennung ARA: Stelle wird nach Transfer der Schlammverbrennung nach Zürich nicht mehr benötigt - 0.1 Stellenanpassung infolge Weiterbildung Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 11.5 Stellen in folgenden Bereichen: + 1.0 Business Analyst/in für den Aufbau CRM, Internetportal und Social Media sowie Schaffung einer IT-Lehrstelle + 0.8 Kaufm. Sachbearbeitung für den Ausbau der Spezialfakturierung und das Projekt Kundenportal + 1.0 Fachspezialist/in im Vertrieb für den Aufbau eines/einer Datenbankspezialisten für die unternehmensweite Verantwortung der Kundendaten, der Datenarchitektur, Daten-Management-Prozesse und das CRM + 0.4 Ausbau für Photovoltaik-Projekte + 1.0 Energieberater im für den Ausbau der Energieberatung, die Erbringung von Dienstleistungen für Gemeinden sowie die Übernahme der Energieberatung von Privatpersonen vom Dept. Bau + 1.0 Fachspezialist/in Backoffice für CRM-Modulverantwortung im Kundendienst und Vertrieb + 2.0 Netzelektriker/innen für Projekte FTTH und SELF (befristet bis Ende 2018) + 1.0 Fachspezialist/in im Netzbetrieb für die Betreuung der Kleinprojekte und das Datenbank-Management

Budget 2017, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2016	BU 2017	Abweich.	Refinanziert	Begründung
				+ 1.0 Zeichner/in/Konstrukteur/in aufgrund Umwandlung Projektleiter/in EP + 1.0 Projektleiter/in Fernwärme aufgrund Zusammenlegung der Führung KVA und FW + 1.0 Unterhalts-MA Energie-Contracting infolge kontinuierlich steigender Anzahl von zu betreuenden Anlagen + 0.2 Produktmanager/in Energie-Contracting: Übernahme von Budget- und Controlling-Aufgaben + 0.1 Bauleiter/in Leitungsbau
731000	Stadtbus Winterthur			
265.93	264.23	-1.70	-1.70	Bei Stadtbus Winterthur ergibt sich gesamthaft eine Differenz von -1.70 Stellen im Vergleich zum Budget 2017.
				Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von 2 Stellen in folgenden Bereichen: -1.0 Stelle im Bereich Fahrgastzählung infolge Doppelbesetzung wegen langfristiger Krankheitsabsenz -1.0 Stelle im Bereich Werkstatt/Depotschlosserei infolge Organisationsanpassung und Finanzplanung ZVV Stellenaufbau: + 0.3 Stellen im Fahrdienst gemäss Angebotsplanung Die Kosten für die Stellen sind zu 100% im Leistungsentgelt des ZVV enthalten.
745000	Forstbetrieb			
23.50	0.00	-23.50	0.00	
750000	Stadtgärtnerei			
90.60	0.00	-90.60	0.00	
770000	Stadtgrün			
0.00	114.00	114.00	0.00	In der Produktgruppe Stadtgrün Winterthur ergibt sich gesamthaft eine Differenz von -0.1 Stellen im Vergleich zum Budget 2016 (114.10). Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von -0.1 Stellen in folgendem Bereich: -0.1 Stellen Bereichsleitung (bisheriger Leiter der Stadtgärtnerei) wegen Reduktion Beschäftigungsgrad. Die Fusion zu Stadtgrün Winterthur (nur noch eine Produktgruppe 770) erfolgt per 01.01.2017.

Budget 2017, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2016	BU 2017	Abweich.	Refinanziert	Begründung
---------	---------	----------	--------------	------------

791000	Departementssekretariat TB			
---------------	-----------------------------------	--	--	--

3.14	3.14	0.00	0.00	
------	------	------	------	--

747.00	750.40	3.40	3.50	
---------------	---------------	-------------	-------------	--

Budget 2017, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2016	BU 2017	Abweich.	Refinanziert	Begründung
8	Behörden und Stadtkanzlei			Im Departement 8 ergibt sich über alle Produktgruppen eine Differenz von + 1.0 Stellen im Vergleich zum Budget 2016.
810000	Stadtkanzlei			
15.35	16.35	1.00	0.00	In der Produktgruppe 810 ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 1.0 Stellen im Vergleich zum Budget 2016. Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 1.0 Stellen in folgendem Bereich: + 1.0 Stellen Fachstelle Projektportfolio-Controlling - werden übernommen aus dem Departementssekretariat Kulturelles und Dienste
15.35	16.35	1.00	0.00	



Budget 2017 - Übersicht befristete Stelleneinheiten

Dept.	Produktgruppe	Funktion	Stellen- einheiten	Befristung	Begründung
2	Departementssekretariat DFI	Projektleiter/in	0.8	01.10.2015 bis 31.08.2017	Projekt Balance
1	Stadtentwicklung	Projektleiter/in Ansiedlungsmanagement	0.5	01.01.2016 bis 31.12.2018	Umsetzung von Massnahmen im Rahmen der Impulsstrategie (Stärkung von Dienstleistungskultur und Bereitstellung von Arbeitsflächen)
6	Prävention und Suchthilfe	Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention	0.8	01.07.2016 bis 31.12.2018	Pilotprojekt gemäss SR.16.401-1 vom 11.05.2016
Total			2.1		

Budget 2017 - vom GGR gewählte Institutionen

Stadt Winterthur



Institution	Funktion	BU 2016	BU 2017
Finanzkontrolle	Leiter/in	1.00	0.90
Finanzkontrolle	Revision mbA / Stv .Leiter/in FiKo	1.00	1.00
Finanzkontrolle	Revision	3.30	3.60
Finanzkontrolle	Fachmitarbeiter/in (Revisor/in HR)	1.00	0.80
	Zwischentotal Finanzkontrolle	6.30	6.30
Ombudsstelle	Beauftragte für Beschwerdesachen	0.80	0.80
Ombudsstelle	Assistenz	0.83	0.83
Ombudsstelle	Reinigung	0.05	0.05
	Zwischentotal Ombudsstelle	1.68	1.68
Datenaufsichtsstelle	Datenaufsichtsstelle	0.30	0.30
	Zwischentotal Datenaufsichtsstelle	0.30	0.30
Total vom GGR gewählten Institutionen		8.28	8.28

Stand: 02. Juni 2016

Basis: Verwaltungs- und Betriebspersonal ohne Ausbildungsverhältnisse